

Geschäftsbericht der Gerichte 2024



**Gerichte des
Kantons
Basel-Landschaft**

Geschäftsbericht der Gerichte

an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft über die Tätigkeit im Jahr 2024 (2025/245)

Gemäss § 87 Abs.3 der Kantonsverfassung in Verbindung mit § 12 Abs. 3 lit. h des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG; SGS 170) erstattet die Geschäftsleitung der Gerichte dem Landrat Bericht über die Geschäftsführung der Gerichte im Jahr 2024.

Der Geschäftsbericht erscheint in der gewohnten Dreigliederung in Bericht, Statistik und Anhang. Unter dem Titel «Herausgegriffen» werden vor der eigentlichen Berichterstattung einzelne Themen hervorgehoben. Im Anhang werden neben den Behörden und Kommissionsmitgliedern auch die Mitarbeitenden der Gerichte aufgeführt.

Ein grosser Teil der Entscheide des Kantonsgerichts wie auch ausgewählte Urteile des Steuer- und Enteignungsgerichts sowie des Zwangsmassnahmengerichts werden auf der Internetseite der Gerichte www.bl.ch/gerichte publiziert.

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Berichtsjahr waren die Gerichte auf mehreren Ebenen gleichzeitig gefordert: Auch wenn das Digitalisierungsprojekt der Gerichte viel Aufmerksamkeit einfordert, ist und bleibt das Kerngeschäft der Justiz die Rechtsprechung. Hier machen sich die in der Vergangenheit knapp bemessenen Ressourcen bemerkbar und fordern ihren Tribut.

Steigender Ressourcenbedarf und Erhalt der Miliz-Richterinnen und -Richter

Im Berichtsjahr hat sich akzentuierter als in Vorjahren gezeigt, dass die Fallbelastung mit den bestehenden Ressourcen kaum mehr zu bewältigen ist. Dies gilt vor allem, jedoch nicht ausschliesslich, für die Strafjustiz. Mittels diverser Landratsvorlagen zur befristeten Aufstockung von Präsidialpensen aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen auf präsidialer Ebene wurde dem Landrat im Berichtsjahr angezeigt, dass krankheitsbedingte Ausfälle die Gerichte stark unter Druck bringen und kaum betrieblich aufgefangen werden können. Die steigenden Ferienguthaben auf Präsidialebene zeigen ebenfalls Entlastungsbedarf an. Es ist mittelfristig daher angezeigt, die Präsidialpensen der Gerichte zu überprüfen, was im Jahre 2025 im Hinblick auf die kommende Amtsperiode (2026–2030) vorgesehen ist.

Die hohe Belastung auf präsidialer Ebene beeinflusst auch die Situation der nebenamtlichen Richterinnen und Richter: Das an sich bewährte Milizsystem in der Baselbieter Justiz kommt aufgrund der zunehmenden Komplexität der Fälle und der hohen Anforderungen an die Richterinnen und Richter ebenfalls an seine Grenzen. Um einen professionellen Gerichtsbetrieb und die Attraktivität für das Richteramt aufrecht zu erhalten, ist eine Anpassung auf Ebene der Entschädigung der Richterinnen und Richter nach vielen Jahren unabdingbar.



Mitglieder der Geschäftsleitung der Gerichte von links nach rechts: Martin Leber, Gerichtsverwalter, Doris Vollenweider, Präsidentin Abteilung Sozialversicherungsrecht, Roland Hofmann, Kantonsgerichtspräsident und Präsident Abteilung Zivilrecht, Enrico Rosa, Vizekantonsgerichtspräsident und Präsident Abteilung Strafrecht, Ivo Corvini, Präsident Steuer- und Enteignungsgericht, Abteilung Enteignungsgericht, Pascal Leumann, Präsident Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht.

Anspruchsvolle Gesetzesrevisionen

Nebst komplexer werdenden Fällen und zu meisternden Grossprojekten darf nicht vergessen gehen, dass wir Revisionen zur Verbesserung der Rechtsprechungsgrundlage zwar begrüssen, diese im Betrieb und in den Abläufen jedoch gut vorbereitet werden wollen: Im Berichtsjahr stand die Revision der Schweizerischen Zivilprozessordnung per 1. Januar 2025 und des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Zivilprozessordnung im Fokus. Eine Zusammenfassung des Revisionsvorhabens und deren Auswirkungen finden Sie im Beitrag «Die Revision der Schweizerischen Zivilprozessordnung» (S.11).

Digitalisierung und Prozessanpassung

Im Berichtsjahr trieb die anstehende Digitalisierung der Justiz – gesteuert durch das schweizweite Projekt «Justitia 4.0» – den Wandel bei den Baselbieter Gerichten weiter an: Einzubindende Applikationen, einzurichtende Schnittstellen und die Bildung von neuen, digitalen Prozessen fordern die Gerichte heraus, ihre Abläufe zu verschlanken und wo sinnvoll zu vereinheitlichen. Es sei diesbezüglich auf den ausführlichen Beitrag «Die Baselbieter Justiz im (digitalen) Wandel» auf S.11) verwiesen.

Roland Hofmann

Inhalt

A Berichte	9
Herausgegriffen	11
Teilrevision der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO)	11
Die Justiz im (digitalen) Wandel.....	11
Finanzen und Personalstatistik	13
Gerichtsleitung	14
Kantonsgericht	15
Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht	15
Abteilung Zivilrecht	15
Abteilung Sozialversicherungsrecht	16
Abteilung Strafrecht.....	16
Aufsichtsbehörde Schuldbetreibung und Konkurs	17
Zivilkreisgerichte	18
Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West	18
Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost	18
Steuer- und Enteignungsgericht	19
Abteilung Steuergericht.....	19
Abteilung Enteignungsgericht	19
Gerichte in Strafsachen der ersten Instanz	20
Strafgericht.....	20
Jugendgericht.....	20
Zwangsmassnahmengericht.....	20
Schlussfolgerung betreffend das Gesamtgericht.....	20
Friedensrichterinnen und Friedensrichter	21

B Statistiken	23
Kantonsgericht.....	25
I. Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht.....	25
II. Abteilung Zivilrecht.....	30
III. Abteilung Sozialversicherungsrecht.....	34
IV. Abteilung Strafrecht.....	37
V. Aufsichtsbehörde Schuldbetreibung und Konkurs.....	44
Zivilkreisgerichte	46
I. Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West.....	46
II. Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost.....	50
Steuer- und Enteignungsgericht	53
I. Abteilung Steuergericht.....	53
II. Abteilung Enteignungsgericht.....	55
Strafgericht	58
Jugendgericht	67
Zwangsmassnahmengericht	69
Friedensrichterinnen und Friedensrichter	73
C Anhang	75
Personalstatistik.....	76
Verzeichnis der Präsidien, der Richter/innen und der Mitarbeitenden.....	77





A

Berichte

Herausgegriffen

Teilrevision der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO)

Die Teilrevision der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), in Kraft seit 1. Januar 2025, bezweckt im Wesentlichen eine Anpassung an das Bundesrecht und an die aktuelle Rechtsprechung. Mit den neuen bzw. geänderten ZPO-Bestimmungen ist für Rechtssuchende der Zugang zum Gericht erleichtert und damit die Rechtsdurchsetzung im Zivilprozess verbessert worden. Zudem ist das Schlichtungsverfahren ausgebaut und das Familienverfahrensrecht verbessert worden.

Auf kantonaler Ebene ist die Teilrevision der ZPO zum Anlass genommen worden, um das Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (EG ZPO, SGS 221) zum einen an die teilrevidierte ZPO und zum anderen an die heutige Praxis der kantonalen Gerichte anzupassen. Erwähnenswert ist hierbei die klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Schlichtungsstelle für Mietangelegenheiten und den Friedensrichterämtern für Pachtstreitigkeiten mit Bezug auf Rebgrundstücke und landwirtschaftliche Grundstücke (§ 2 Abs. 1 Bst. d EG ZPO). Die Dreierkammern der Zivilkreisgerichte und des Kantonsgerichts, Abteilung Zivilrecht, sollen neu gesetzlich ermächtigt werden, in bestimmten Fällen ihre Entscheide im Zirkulationsverfahren zu treffen (§ 4 Abs. 3 Bst. a und b, § 6 Abs. 4 EG ZPO), was bereits heute in der Praxis so gehandhabt wird und zu Kosteneinsparungen sowie zur Verfahrensbeschleunigung beitragen kann. Sodann sollen die Dreierkammern der Zivilkreisgerichte auch weiterhin für die Beurteilung von streitigen Scheidungsangelegenheiten zuständig bleiben (§ 3 Abs. 1 Bst. c EG ZPO). Und schliesslich soll – entsprechend der grossmehrheitlich langjährigen Gerichtspraxis – eine gesetzliche Grundlage für die Parteivertretung durch bestimmte professionelle Vertretungen (Liegenschaftsverwaltungen in mietrechtlichen Verfahren; Gewerkschaftsvertretungen in arbeitsrechtlichen Verfahren) geschaffen werden, wobei diese Regelung in § 4 Abs. 1 des Anwaltsgesetzes aufgenommen werden und § 7a EG ZPO darauf verweisen soll. Die EG ZPO-Revision soll voraussichtlich noch in der ersten Jahreshälfte 2025 in Kraft treten.

Die Justiz im (digitalen) Wandel

Die Baselbieter Gerichte befinden sich nach wie vor in den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der digitalen Gerichtsakte. Dieses Vorhaben wird durch das schweizweite Projekt «Justitia 4.0» und durch die Einführung des Bundesgesetzes über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) getrieben. Das BEKJ wurde durch die Eidgenössischen Räte am 20. Dezember 2024 verabschiedet und sieht folgende Regelung des Inkrafttretens vor: Zunächst treten die Bestimmungen über die Körperschaft, welche die Plattform für die elektronische Übermittlung betreibt, in Kraft, wobei der Bundesrat das Datum festlegt. Frühestens ein Jahr danach tritt der vollständige Erlass in Kraft. Heute wird davon ausgegangen, dass Letzteres per Januar 2027 erfolgen wird. Die Kantone wiederum legen das Datum fest, ab dem die Verfahren über eine Plattform nach dem BEKJ abgewickelt werden (Datum für das sogenannte «Obligatorium»), gemäss dem BEKJ frühestens ein Jahr und spätestens innert fünf Jahren nach Inkrafttreten des ganzen Erlasses (somit frühestens zu Beginn 2028 und spätestens zu Beginn 2032). Das Obligatorium tritt jedoch nicht für alle ein: Für Privatpersonen wird es auch nach Inkrafttreten nach wie vor möglich sein, ein Gerichtsverfahren mit einer physischen Eingabe per Post einzuleiten.

Das Projekt Digitale Transformation der Gerichte (DTG) innerhalb der Gerichte wurde ab Herbst 2023 durch einen externen Berater geleitet, im Juni 2024 erfolgte dann die vorgesehene Übergabe an die interne Projektleitung. Das Projekt DTG enthält die Teilprojekte Organisationsentwicklung, IT-Strategie, Kommunikation, Richterakte & Medienwandel, IT-Applikationen, Digitaler Arbeitsplatz und Rechtsgrundlagen. In diesen Teilprojekten musste 2024 überwiegend die Konzeptphase abgeschlossen werden.

In Bezug auf die IT-Applikationen ist vorgesehen, dass die aktuelle Geschäftskontrolle der Gerichte, Tribuna V3, auf die Version V4 migriert wird, die eine Schnittstelle zur neuen Justizaktenapplikation (JAA) und zur Plattform «justitia.swiss» benötigt. Inskünftig wird in Tribuna die Gerichtsakte verwaltet, in der JAA wird die Gerichtsakte (Eingaben und Schriftstücke wie Verfügungen und Urteile) bearbeitet und über die Plattform «justitia.swiss»– als Ersatz des heutigen Postversandes – elektronisch übermittelt. Im Hinblick darauf wurde der Zuschlag für die Migration auf die Version Tribuna V4 öffentlich publiziert, womit die Vertragsverhandlungen mit dem Lieferanten eingeleitet wurden. Diese stellten sich in der Folge als zäh heraus – einmal mehr wird in Bezug auf für die täglichen Abläufe der Justiz erforderlichen IT-Applikationen die Abhängigkeit von externen Lieferanten und deren Investoren sichtbar und spürbar.

Im Berichtsjahr ebenfalls viel Raum eingenommen hat die Vorbereitung des Pilotbetriebs der Plattform «justitia.swiss», welche eine Bewilligung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) erforderte, die dem Kanton Basel-Landschaft mit Verfügung vom Juni 2024 auch erteilt wurde. In diesem Pilotprojekt sollen bereits Aktenstücke in ausgewählten Verfahren über die Plattform «justitia.swiss» übermittelt werden. Die so gewonnenen Erfahrungen sollen wiederum in das Projekt einfließen und die digitale Arbeit an den Gerichten optimal vorbereiten. Zu diesem Zweck wurde für einen Teil der Mitarbeitenden etwa bereits die digitale Unterschrift eingeführt.

Ein wesentlicher Bestandteil des Projekts ist auch die Erarbeitung der Landratsvorlage (LRV) zwecks Teilrevision der Verwaltungsprozessordnung (VPO; SGS 271) und weiterer Erlasse, womit diese an das BEKJ angepasst werden sollen. Denn das BEKJ führt die elektronische Kommunikation in der Justiz lediglich für die bundesrechtlich geregelten Zivil- und Strafverfahren ein, nicht jedoch für die nach wie vor durch die kantonale Gesetzgebung geregelten Verwaltungsprozesse. Damit die elektronische Justiz in allen Verfahrensarten gleichermassen

eingeführt wird, ist diese Revision erforderlich. Im Berichtsjahr wurde ein verwaltungsinternes Mitberichtsverfahren durchgeführt, das Vernehmlassungsverfahren steht noch aus. Die Landratsvorlage wird dem Landrat vermutlich gegen Ende des Jahres 2025 unterbreitet.

Neben der umfangreichen Konzeptarbeit konnten jedoch an verschiedenen Stellen auch rasch positive Veränderungen bewirkt werden: So konnte nach Einrichtung einer Teststation für alle Mitarbeitenden der Gerichte und der Auswertung einer elektronischen Umfrage relativ rasch ein neuer Bildschirm für den Arbeitsplatz der Gerichte ausgewählt werden, der ebenso rasch bestellt werden konnte. Der neue Bildschirm wird das Studium und die Bearbeitung der elektronischen Gerichtsakte erheblich erleichtern.

In Zusammenarbeit mit dem Berufsbildungszentrum BBZ hat die Gerichtsverwaltung zudem Basisbildungen zu IT-Anwendungen entwickelt und angeboten, die rege besucht wurden. Parallel dazu hat auch das Team Digitale Dienste begonnen, flächendeckend zu spezifischen Anwenderfragen Schulungen anzubieten. Ziel ist es, den Mitarbeitenden zu ermöglichen, die Benutzung von IT-Applikationen und -Anwendungen zu verbessern, um dann im Zeitpunkt der Einführung der neuen Applikationen – welche wiederum gesondert geschult werden müssen – gerüstet zu sein.

Die Geschäftsleitung hat zudem das Informationsbedürfnis der Belegschaft ernst genommen und im Mai 2024 einen zweiten Informationsanlass in der Fachhochschule der Künste in Münchenstein organisiert. Anlässlich dessen wurden die Mitarbeitenden und externe Gäste über den Projektstand informiert und es konnten Demonstrationsversionen der neuen Applikationen getestet werden. Im September 2024 fand zudem ein Anlass statt, an dem Voraussetzungen für Veränderungsprozesse an sich thematisiert wurden, auch das ein wichtiges Thema für die Vorbereitung des digitalen Wandels.

Finanzen und Personalstatistik

Insgesamt sind an den Baselbieter Gerichten im Berichtsjahr über die diversen Rechtsgebiete und die Instanzen hinweg rund 7'857 Fälle (ohne Friedensrichterinnen und -richter) eingegangen (Vorjahr: 7'518), rund 7'738 wurden erledigt (Vorjahr: 7'323). Die Fallzahlen sind wie im Vorjahr wieder leicht angestiegen.

Die Jahresrechnung 2024 der Gerichte des Kantons Basel-Landschaft schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 28 Mio. (Budget 2024: CHF 30.5 Mio.; Rechnung 2023: 25.8 Mio.) um CHF 2.5 Mio. besser als budgetiert. Die Verbesserungen aufwandseitig gegenüber dem Budget für das Jahr 2024 sind vor allem auf die Positionen Abschreibungen und Honorare für unentgeltliche Rechtspflege zurück zu führen. In beiden Fällen sind die Budgetprognosen unter dem prognostizierten Wert ausgefallen. Ertragsseitig konnten die Gebühren für Amtshandlungen (Gerichtsgebühren) gesteigert werden.

Ende Jahr waren bei den Gerichten insgesamt 165 Mitarbeitende angestellt, wobei der durchschnittliche Beschäftigungsgrad 79.6% betrug (Frauen: 73%, Männer: 89.4%, ohne nebenamtliche Richterinnen und Richter).

Gerichtsleitung

Die Gerichtskonferenz der Gerichte hat 2024 ein Mal getagt. Neben dem Budget 2025 (AFP 2025–2028) hat sie sich mit dem Projekt «Digitale Transformation der Gerichte DTG» befasst und gerichtsinterne Vorlagen wie etwa das revidierte Personalentwicklungskonzept der Gerichte verabschiedet.

Die Geschäftsleitung der Gerichte hat 18 Mal getagt. Zudem hat sie sich im April zu einer Retraite zurückgezogen. Die Geschäftsleitung nahm zu zahlreichen Vorlagen Stellung und traf als Anstellungsbehörde personelle Entscheide. Ihre Aufsicht über die Erstinstanzgerichte übte sie vornehmlich durch die jährlichen Inspektionen aus. Die Geschäftsleitung hatte im Berichtsjahr 7 Aufsichtsbeschwerden zu behandeln. Eine Aufsichtsbeschwerde musste wegen eines Verfahrens vor Bundesgericht in derselben Sache sistiert werden.

Die Gerichtsverwaltung umfasst den Personaldienst, den Finanzdienst, den Rechtsdienst und die Kommunikation, die Digitalen Dienste sowie den Weibeldienst für das Kantonsgericht. Im Rahmen des Projekts «Systemzuordnung» wurden in Zusammenarbeit mit den Leitenden Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern der Gerichte und Abteilungen sämtliche Supportprozesse strukturiert erfasst und gleichzeitig begonnen, punktuell einzelne Prozesse zu optimieren.

Der Personaldienst hatte eine Zunahme an Geschäften zu verzeichnen: So waren 18 Stellenbesetzungen vorzunehmen (Vorjahr: 12) und 122 Vertragserstellungs- oder Anpassungsanträge zu bearbeiten (Vorjahr: 82). Zudem hat der Personaldienst zahlreiche Anfragen beantwortet, in Projekten des Personalamtes mitgewirkt sowie die eigenen Prozesse optimiert.

Der Finanzdienst hatte neben der Vornahme der Quartals- und des Jahresabschlusses das Budget 2025 (AFP 2025–2028) vorzubereiten sowie 2'400 Kreditorenrechnungen zu begleichen und zu verbuchen. Im Bereich der Nachzahlungsverfahren nach § 53a GOG (Rückforderung von aufgrund unentgeltlicher Rechtspflege ausbezahlten Anwalts-honoraren) wurden 2024 125 Fälle neu erfasst (Vorjahr: 775). Der starke Rückgang der Neuerfassungen hängt damit zusammen, dass mittlerweile die früheren Jahre aufgearbeitet sind. Zusammen mit den aus den Vorjahren übertragenen Fällen bearbeitete die Gerichtsverwaltung 2'838 Fälle. Davon konnten 2024 512 (Vorjahr: 685) erledigt werden, 2'319 (Vorjahr: 2'713) wurden auf 2024 übertragen. Finanziell führten die Nachzahlungsverfahren zu einem ausserordentlichen Erfolg von CHF 1'149'062.30 (Vorjahr: CHF 1'032'754.38).

Im Bereich der internationalen Rechtshilfe im Zivilrecht wurden insgesamt 749 Fälle bearbeitet (Vorjahr: 582).

Die Digitalen Dienste haben weitgehend den IT-Support der Gerichte sichergestellt und begonnen, zu unterschiedlichen Themen interne IT-Schulungen für alle Mitarbeitenden durchzuführen. Zudem wurde die Auslieferung von neuen Bildschirmen für die Arbeitsplätze geplant. Das Jahr 2024 war ebenso geprägt durch die Weiterarbeit im Projekt «Digitale Transformation der Gerichte (DTG)», in welchem insbesondere die Digitalen Dienste der Gerichte, jedoch auch weitere Mitarbeitende der Gerichtsverwaltung involviert waren.

Kantonsgericht

Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Im Berichtsjahr sind bei der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht insgesamt 303 Neueingänge zu verzeichnen (Vorjahr: 328), und es sind 123 Urteile der Fünferkammer (Vorjahr: 120) und 127 Präsidial- und Einzelrichter- bzw. Einzelrichterinurteile (Vorjahr: 120) ergangen. Es wurden 314 Verfahren erledigt (Vorjahr: 318) und 106 Verfahren auf das Folgejahr übertragen (Vorjahr: 117). Im Berichtsjahr fanden 50 Kammersitzungen statt (44 im Vorjahr), und es wurden 139 Fälle verhandelt (im Vorjahr waren es 120). Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug im Berichtsjahr 140 Tage bis zum Urteil (Vorjahr: 136 Tage) bzw. 181 Tage bis zum Versand des Urteils (Vorjahr: 167 Tage).

Im Berichtsjahr sind beim Bundesgericht 26 Beschwerden gegen Entscheide der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht eingereicht worden. Das Bundesgericht hat im Berichtsjahr 22 Beschwerden gegen Entscheide der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht behandelt. Dabei ist es auf 12 Beschwerden nicht eingetreten, hat ein Verfahren als gegenstandslos abgeschrieben, 8 Beschwerden abgewiesen und 1 Beschwerde gutgeheissen.

Die Zahl der Neueingänge und der erledigten Fälle bewegten sich im Berichtsjahr insgesamt sowie bezogen auf die einzelnen Rechtsgebiete im durchschnittlichen Rahmen. Die gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnende Reduktion der auf das Folgejahr übertragenen Fälle sowie die leicht längere Verfahrensdauer sind im Wesentlichen auf die Erledigung zahlreicher personalrechtlicher Parallelverfahren zurückzuführen, welche infolge Sistierung seit mehreren Jahren hängig waren.

Mit dem per 1. Januar 2024 in Kraft getretenen Einführungsgesetz zur interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen erfolgte im Berichtsjahr eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen, welche es in den submissionsrechtlichen Verfahren zu berücksichtigen galt.

Abteilung Zivilrecht

Die Anzahl Falleingänge und Erledigungen sind im Vergleich zum Vorjahr um etwas mehr als 10% gestiegen. Die entsprechenden Werte entsprechen jedoch dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Rund 75% aller im Berichtsjahr hängigen Fälle konnten erledigt werden, rund 25% wurden auf das Folgejahr übertragen. Etwa 40% der erledigten Berufungen wurden von der Dreierkammer und 60% präsidial beurteilt. Die durchschnittliche Verfahrensdauer pro Fall war etwas kürzer als im Vorjahr. Im Berichtsjahr wurden 15 Entscheide mit Rechtsmitteln an das Bundesgericht weitergezogen. Das Bundesgericht beurteilte im Jahr 2024 von allen hängigen Fällen 16 Beschwerden, wobei 2 gutgeheissen, 2 teilweise gutgeheissen und 6 abgewiesen wurden. Auf 6 Beschwerden trat das Bundesgericht nicht ein.

Im Vergleich zum Vorjahr sind jeweils rund 10% mehr Berufungen und Beschwerden, aber weniger Direktinstanzfälle eingegangen. Zudem konnten rund halb so wenig Berufungen, dafür doppelt so viele Beschwerden ohne Entscheid erledigt werden, wobei mehr Beschwerderückzüge als im Jahr 2024 erfolgten. Die Anzahl Erledigungen mittels Vergleich fiel im Berichtsjahr wie in den Vorjahren gering aus.

Die Übernahme des Vorsitzes des Kantonsgerichts- und Abteilungspräsidenten in einer ausserordentlichen Berufungskammer des Bundesstrafgerichts hatte im 2. Halbjahr eine sehr hohe Inanspruchnahme des Präsidiums, einer Gerichtsschreiberin und der Gerichtskanzlei zur Folge. Die im Rechtsprechungsbetrieb der Abteilung Zivilrecht fehlenden Ressourcen erforderten einen entsprechend hohen Einsatz seitens der bestehenden Richterschaft und Mitarbeitenden. Zur teilweisen Entlastung konnte eine zusätzliche ausserordentliche Gerichtsschreiberin im Stundenlohn (Pensum von 30%) für Juli bis November 2024 angestellt werden.

Das Inkrafttreten der neuen Zivilprozessordnung per 1. Januar 2025 und die Mitwirkung bei der Revision des Einführungsgesetzes zur Zivilprozessordnung (EG ZPO) beanspruchte die Ressourcen der Abteilung zusätzlich.

Abteilung Sozialversicherungsrecht

Die Zahl der im Berichtsjahr eingegangenen neuen Fälle bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres. Der grösste Teil der Neueingänge stammt wie in den Jahren zuvor aus dem Bereich der Invalidenversicherung, mit einigem Abstand folgen die Bereiche der Unfall- und der Arbeitslosenversicherung.

Bei den Erledigungen ist im Vergleich zum Vorjahr ein gut 10%-iger Rückgang zu verzeichnen. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass im Berichtsjahr weniger Sitzungen als im Vorjahr angesetzt werden konnten. Ein wesentlicher Grund hierfür waren längere krankheitsbedingte Absenzen im Kreis der nebenamtlichen Gerichtsmitglieder. Erschwerend kam der im Laufe des Berichtsjahres erfolgte Rücktritt einer langjährigen, äusserst erfahrenen nebenamtlichen Richterin hinzu.

Im letztjährigen Bericht hatten wir darauf hingewiesen, dass im Jahr 2023 zur Klärung und Vervollständigung der jeweiligen medizinischen Sachverhalte überdurchschnittlich viele Gerichtsgutachten in Auftrag gegeben werden mussten. Dieser Umstand hatte auch Auswirkungen auf das jetzige Berichtsjahr. Zwar konnten viele dieser Fälle nach Vorliegen der betreffenden Gutachten mittlerweile im Rahmen einer zweiten Urteilsberatung erledigt werden, dieser an sich erfreuliche Umstand hatte aber gleichzeitig zur Folge, dass die Erledigung anderer, ebenfalls spruchreifer Fälle zurückgestellt werden musste. Dies wiederum führte dazu, dass im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme der Verfahrensdauer und ein Anstieg der Pendenzen zu verzeichnen sind.

Abteilung Strafrecht

Im Berichtsjahr waren diverse mehrtägige (1½ bis 3 Tage) Hauptverhandlungen mit zum Teil mehreren beschuldigten Personen durchzuführen. Der Aktenumfang der grössten zu beurteilenden Fälle betrug zwischen 16 und 30 Bundesordnern. Es gelang, die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den Berufungen und Beschwerden bis zum Vorliegen eines materiellen Entscheids (Berichtsjahr: 81 Tage; Vorjahr: 100 Tage) bzw. bis zum Versand (Berichtsjahr: 134 Tage; Vorjahr: 167 Tage) deutlich zu senken. Während die Anzahl der eingegangenen Berufungen (Berichtsjahr: 65; Vorjahr: 70) und Diversa-Fälle (Berichtsjahr: 73; Vorjahr: 78) ungefähr gleich hoch geblieben ist, ist die Anzahl der eingegangenen Beschwerden (Berichtsjahr: 140; Vorjahr: 114) bemerkenswert gestiegen. Insgesamt sind mit 278 im Berichtsjahr (Vorjahr: 262) mehr Fälle als im Vorjahr eingegangen. Gleichwohl gelang es, mit 54 Fällen im Berichtsjahr signifikant weniger Fälle als im Vorjahr (72) ins Folgejahr zu übertragen. Ebenso wurden im Berichtsjahr mit 296 Fällen erheblich mehr als im Vorjahr (266) erledigt. Die Anzahl der Sitzungen der Dreier- und Fünferkammer hat sich mit 110 im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr (105) leicht erhöht. Im Berichtsjahr sind 52 Rechtsmittel an das Bundesgericht gegen Entscheide der Abteilung Strafrecht ergriffen worden. Das Bundesgericht beurteilte 46 Beschwerden, wovon 3 Beschwerden ganz oder teilweise gutgeheissen wurden, demgegenüber betreffend 16 Beschwerden eine Abweisung, betreffend 20 Beschwerden ein Nichteintreten sowie betreffend 7 Beschwerden eine Gegenstandslosigkeit erfolgte. 25 Beschwerden wurden auf das Folgejahr übertragen.

Erwähnenswert ist die zunehmende Anzahl von komplexen Berufungsfällen sowie die anzahlmäßige augenfällige Erhöhung der eingegangenen Beschwerdefälle. Die Instruktion der Berufungsfälle erfordert seitens der Präsidien sowie der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber einen zunehmenden Aufwand, namentlich in Form von Beweisabnahmen, die durch die Berufungsinstanz nachgeholt werden müssen. Damit werden die Abteilungsressourcen stark in Anspruch genommen.

Auch müssen vermehrt komplexe Fragen im Zusammenhang mit der Verwertbarkeit der dem Gericht vorgelegten Beweise behandelt werden, was sich als sehr zeitintensiv erweist. Bei den Beschwerden standen die aufwändigen Betreffnisse Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft im Vordergrund, wobei im Berichtsjahr mit 26 erheblich mehr Haftfälle als im Vorjahr (17) zu erledigen waren.

Die per 1. Januar 2024 in Kraft getretene Teilrevision der Strafprozessordnung hat mit den neu eingefügten Art. 397 Abs. 5 und Art. 408 Abs. 2 StPO, welche (ausschliesslich) der zweiten Instanz nebst den bereits bestehenden Begründungsfristen zusätzliche Fristen für die Dauer des Beschwerde- bzw. Berufungsverfahrens bis zum Entscheid setzen, nochmalige Herausforderungen für die Abteilung gebracht.

Auch das Projekt «Digitale Transformation der Gerichte DTG» beansprucht bedeutende Ressourcen auf präsidialer Ebene und der Ebene der Leitenden Gerichtsschreiberin.

Aufsichtsbehörde Schuldbetreibung und Konkurs

Sowohl die Falleingangszahlen als auch die Anzahl erledigter Fälle sind gegenüber dem Vorjahr wieder etwas zurückgegangen. Eingänge und Erledigungen liegen in etwa im Durchschnitt der letzten 10 Jahre.

Die im letzten Geschäftsbericht besonders erwähnten Bagatellfälle querulatorischer Natur sind wieder etwas zurückgegangen, so dass diesbezüglich nicht von einer steigenden Tendenz gesprochen werden kann.

Rund ein Viertel der beurteilten Beschwerden bzw. 25 Fälle betrafen das Pfändungsverfahren, d.h. die Ankündigung und den Vollzug der Pfändung. Innerhalb dieser Verfahren wiederum wurde in rund der Hälfte die Existenzminimumberechnung der Betreuungsschuldnerschaft beanstandet, wobei die Berechnungen in drei Fällen als fehlerhaft eingestuft und die entsprechenden Beschwerden (teilweise) gutgeheissen wurden.

Die grosse zeitliche Beanspruchung eines Präsidiums und einer Gerichtsschreiberin im zweiten Halbjahr in einem Fall, in welchem diese im Rahmen einer a.o. Berufungskammer des Bundesstrafgerichts als Vorsitzender und Gerichtsschreiberin fungieren, liess keine höhere Fallerledigung im Geschäftsjahr zu, zumal die weggefallenen Ressourcen nur teilweise durch das Vizepräsidium kompensiert werden konnten. Aus diesem Grund war eine im Vergleich zum 10-Jahresschnitt überdurchschnittlich hohe Anzahl an Fällen auf das Folgejahr zu übertragen.

Zivilkreisgerichte

Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West

Im Berichtsjahr sind 3'316 neue Fälle eingegangen (inkl. Schlichtungsverfahren). Dies entspricht einer Zunahme von 225 Fällen gegenüber dem Vorjahr (3'091). Mit 3'322 Fällen wurden auch deutlich mehr Fälle erledigt als im Vorjahr (2'999). Die Anzahl der hängigen Fälle hat sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls erhöht (4'074; Vorjahr: 3'757). Es sind fast gleich viele Fälle auf das Folgejahr übertragen worden wie im Vorjahr (752; Vorjahr: 758). Von den erledigten Fällen wurden 63 Fälle von der Dreierkammer und die übrigen Fälle präsidial erledigt. Am Zivilkreisgericht West sind im Berichtsjahr 265 Schlichtungsgesuche (Vorjahr: 243) eingereicht worden, wobei insgesamt 280 Schlichtungsverfahren erledigt (Vorjahr: 230) und 59 auf das Folgejahr übertragen wurden (Vorjahr: 74).

Besonders hervorzuheben ist, dass der Eingang von arbeitsrechtlichen Klage- und Schlichtungsverfahren mit 215 Fällen um rund 40% markant zugenommen hat (Vorjahr: 151). Eine erhebliche Fallzunahme hat es zudem in den sachenrechtlichen Verfahren gegeben (237; Vorjahr: 94), was vor allem auf eine hohe Anzahl von Verfahren betreffend Eintragung von provisorischen Bauhandwerkerpfandrechten im Zusammenhang mit einer grossen Überbauung zurückzuführen ist. Mit 245 Fällen sind auch deutlich mehr Fälle im Sachenrecht erledigt worden als im Vorjahr (Vorjahr: 86).

Das Kindesunterhaltsrecht erfordert nach wie vor erhebliche Ressourcen für die Bearbeitung der familienrechtlichen Fälle. Die Unterhaltsberechnungen, Entscheidungsbegründungen sowie die Gerichtsverhandlungen sind in einer Vielzahl von Fällen sehr komplex und zeitaufwändig.

Aus betrieblicher Sicht ist festzustellen, dass der Aufwand für Führungs- und Projektaufgaben weiterhin hoch ist und zusätzlich zur Rechtsprechung als Kernaufgabe bewältigt werden muss. Besonders zu erwähnen ist die Mitwirkung im DTG-Projekt, das der Digitalisierung der Justiz im Rahmen des schweizweiten Projekts Justitia 4.0 und dem Übergang zu digitalen Verfahrensakten dient.

Zudem mussten im Berichtsjahr im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Zivilprozessordnung per 1. Januar 2025 umfangreiche Vorarbeiten für die Umsetzung der kommenden Änderungen geleistet werden.

Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost

Im Vergleich zum Vorjahr sind sowohl die Falleingangszahlen als auch die Fallerledigungszahlen sowie die Überträge auf das Vorjahr mit nur wenig Abweichungen in etwa gleichgeblieben.

Überproportionale Ressourcen erfordern nach wie vor die familienrechtlichen Angelegenheiten (als direkte Folge des seit dem 1. Januar 2017 geltenden neuen Unterhaltsrechts) sowie die konkursrechtlichen Fälle.

In betrieblicher Hinsicht war das Zivilkreisgericht Ost im Berichtsjahr stark gefordert: Durch die krankheitsbedingten Ausfälle respektive Einschränkungen zweier Präsidien, welche durch befristete Pensenaufstockungen teilweise aufgefangen werden konnten, waren sowohl die Präsidien als auch die Gerichtsschreibenden und die Kanzlei stark gefordert. Trotzdem ist es gelungen – wie insbesondere die Zehnjahresstatistik zeigt – den Betrieb aufrecht zu erhalten und sämtliche angesetzten Verhandlungen mit den erforderlichen Anpassungen durchzuführen.

Auch für das Zivilkreisgericht Ost bedeutete das Inkrafttreten der neuen Zivilprozessordnung per 1. Januar 2025 viel Vorbereitungsaufwand, so mussten etwa Vorlagen und Prozessabläufe im Zusammenhang mit der Neuregelung des Kostenvorschusses angepasst werden, was das Gericht bereits im Berichtsjahr beschäftigt hat.

Steuer- und Enteignungsgericht

Das Geschäftsjahr war in betrieblicher Hinsicht massgebend durch den Umzug vom Kreuzboden an den neuen Standort an der Gitterlistrasse (beides Liestal), den Bezug der neuen Räumlichkeiten sowie die Anpassung standortgebundener Betriebsprozesse geprägt. Für das Steuer- und Enteignungsgericht stellte der Standortwechsel eine Herausforderung dar, welche überproportional Ressourcen gebunden hat.

Darüber hinaus war das Digitalisierungsprojekt der Gerichte Basel-Landschaft («Digitale Transformation der Gerichte [DTG]») ein weiterer prägender Faktor. Verschiedene Personen des Gerichts sind darin eingebunden, was angesichts einer Personaldecke von lediglich 5.9 FTEs zusätzlich erhebliche Ressourcen gebunden hat und angesichts des laufenden DTG-Projekts weiterhin bindet.

Seine Kernaufgaben (d.h. Rechtsprechung und Ansprechbarkeit für die Öffentlichkeit) konnte das Gericht aber ohne Unterbruch jederzeit zuverlässig erfüllen. Der neue Standort und die Fortschritte im Bereich der Digitalisierung schaffen eine solide Grundlage für optimierte Arbeitsbedingungen und eine zukunftsorientierte Ausrichtung der gerichtlichen Tätigkeit.

Abteilung Steuergericht

Mit Blick auf die Abteilung Steuergericht ist auf folgende Auffälligkeit hinzuweisen: Während die Neueingänge von Fällen aus dem Bereich der kantonalen Spezialsteuern über Jahre hinweg auf hohem Niveau stabil geblieben sind, kam es bei den Fallrückgängen aus dem Bereich der direkten Steuern – beginnend ab dem Berichtsjahr 2020 – zu einem bemerkenswerten und anhaltenden Einbruch. Objektiv scheint dieser Fallrückgang nicht nachvollziehbar, zumal es namentlich zu keinen Rechtsänderungen gekommen ist und auch die Ressourcen der Veranlagungs- bzw. Einsprachebehörde (d.h. der Steuerverwaltung) in diesem Bereich – soweit ersichtlich – nicht abgebaut worden sind.

Die Abteilung Steuergericht hat in seinen Urteilen bereits verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die statistische Methode zur Festsetzung des «Verkehrswerts von Liegenschaften vor 20 Jahren» (sog. VW20) zunehmend als problematisch erscheint. Der Grund dafür liegt im Wesentlichen darin, dass die vom Statistischen Amt erfassten Bodenpreise nur unbebautes Land berücksichtigen. Solche Handänderungen von unbebautem Bauland haben nach der Jahrtausendwende jedoch Hand in Hand mit der Verknappung von entsprechenden Parzellen abgenommen und seit 2004 einen derart tiefen Stand erreicht, dass die Validität der statistisch ermittelten Durchschnittswerte nunmehr als zweifelhaft erscheint. Für die Festsetzung des VW20 wäre es deshalb angezeigt, die Voraussetzungen für einen Wechsel zu einem Lageklassenmodell zu schaffen, wie es auch von anderen Kantonen angewandt wird.

Abteilung Enteignungsgericht

Was die Abteilung Enteignungsgericht anbelangt, gibt das Berichtsjahr zu keinen besonderen Hinweisen Anlass. Die Abweichungen einzelner Indikatoren gegenüber der Vorjahresperiode bewegen sich allesamt im für die Abteilung Enteignungsgericht üblichen Rahmen.

Gerichte in Strafsachen der ersten Instanz

Strafgericht

Von den im Berichtsjahr (inkl. die selbständigen nachträglichen Verfahren) am Strafgericht eingegangenen 435 Fällen (Vorjahr: 460 Fälle) fallen die Anklageverfahren der Staatsanwaltschaft (insgesamt 399 Fälle; Vorjahr: 375 Fälle) besonders ins Gewicht. Von diesen Verfahren konnten im Berichtsjahr insgesamt 357 Fälle beurteilt werden (wovon 108 Dreierkammerfälle und 10 Fünferkammerfälle; Vorjahr: 369 Fälle, wovon 117 Dreierkammerfälle und 9 Fünferkammerfälle). Dies mitunter dank dem grossen und teilweise zusätzlichen Einsatz der nebenamtlichen Richterinnen und Richter bzw. der Vizepräsidien, wobei auch im Berichtsjahr zusätzlich noch die krankheitsbedingte Teilabwesenheit zweier Präsidien von den übrigen Präsidien und den Vizepräsidien aufgefangen werden musste.

Bei entsprechend hoher Auslastung durch obgenannte Anklageverfahren (Berichtsjahr: 627 hängige Fälle; Vorjahr: 597 hängige Fälle) ist demnach im Berichtsjahr sowohl der Falleingang als auch die Fallerledigung konstant hoch geblieben, wobei mehr Fälle auf das Folgejahr übertragen werden mussten (Berichtsjahr: 270 Fälle; Vorjahr: 228 Fälle).

Die Anzahl der dringend bzw. in erster Priorität zu bearbeitenden Fälle (insb. Haftfälle) ist im Berichtsjahr um ca. einen Viertel (+23.9%) angestiegen (80 Personen in Haft und im vorzeitigen Straf-/Massnahmenvollzug und 3 Personen unter angeordneter Ersatzmassnahme; Vorjahr: 61 Personen in Haft und im vorzeitigen Straf-/Massnahmenvollzug und 6 Personen unter angeordneter Ersatzmassnahme).

Sowohl bei den eingehenden als auch bei den hängigen Strafverfahren fallen im Berichtsjahr die vielfach aufwendigen Fallkategorien «Leib und Leben» (Falleingang: 35 Fälle [67 hängige Fälle], Vorjahr: 42 Fälle [77 hängige Fälle]), «Sexuelle Integrität» (Falleingang: 32 Fälle [51 hängige Fälle], Vorjahr: 29 Fälle [51 hängige Fälle]) sowie die Anklagefälle im Bereich «Wirtschaft und Vermögen» (Falleingang: 146 Fälle [256 hängige Fälle], wovon 240 Anklageverfahren, Vorjahr: 159 Fälle [232 hängige Fälle], wovon 217 Anklageverfahren) ganz besonders ins Gewicht.

Jugendgericht

Am Jugendgericht wurden 4 Fälle erledigt (Vorjahr: 5 Fälle), wobei im Berichtsjahr 3 Fälle eingegangen sind (Vorjahr: 6 Fälle). 1 Fall musste auf das Folgejahr übertragen werden (Falleingang per Ende September 2024; Vorjahr: 2 Fälle).

Zwangsmassnahmengericht

Am Zwangsmassnahmengericht sind 634 Fälle (Vorjahr: 512 Fälle) eingegangen, wobei die Anzahl der Haftfälle im weiteren Sinn («Haftfälle»/«Ersatzmassnahmen»/ «Vollzugsrechtliche Sicherheitshaft») gegenüber dem Vorjahr um 15% zugenommen hat (Berichtsjahr: 395 Fälle; Vorjahr: 343 Fälle). Von besonderem Gewicht sind zudem die aufwendigen und zeitintensiven Entsiegelungsverfahren, welche um 20% zugenommen haben (Berichtsjahr: 48 eingegangene Fälle / Vorjahr: 40 Fälle).

Schlussfolgerung betreffend das Gesamtgericht

Am Straf-, Zwangsmassnahmen- und Jugendgericht haben erneut sowohl der Falleingang (Berichtsjahr: 1'072 Fälle; Vorjahr: 978 Fälle) als auch die Fallerledigung (Berichtsjahr: 1'027 Fälle; Vorjahr: 968 Fälle), aber auch die Anzahl der hängigen Fälle (Berichtsjahr: 1'323 Fälle; Vorjahr: 1'219 Fälle) zugenommen. Die insgesamt gestiegene Fall- und Arbeitsbelastung lässt sich durch den jetzigen Personalbestand des Gerichts kaum mehr zeitlich bewältigen.

Friedensrichterinnen und Friedensrichter

Zur Geschäftslast der Friedensrichterinnen und Friedensrichter im Kanton ist zu bemerken, dass diese erneut leicht rückläufig ist. Waren im Jahre 2023 534 Fälle eingegangen, so waren es im Berichtsjahr noch 467 Fälle. Vor Friedensrichteramt konnten definitiv 236 Fälle erledigt werden (Vorjahr: 287). Insgesamt konnten vor dem Friedensrichteramt 103 Vergleiche erzielt werden (Vorjahr: 147). Im Berichtsjahr wurden zudem 208 Klagebewilligungen ausgestellt (Vorjahr: 245).





Statistiken

Geringfügige Abweichungen in den Statistiken zum Vorjahr sind durch nachträgliche Mutationen in der Geschäftskontrolle bedingt.

Die Verfahrensdauer wird anhand aller abgeschlossenen Fälle ermittelt. Einzelne Besonderheiten sind bei den jeweiligen Gerichten vermerkt. Namentlich werden regelmässig Fälle, die ohnehin innert einer bestimmten kurzen Frist beurteilt werden müssen, nicht ausgewertet. Von der Verfahrensdauer abgezogen wird die Dauer einer allfälligen Sistierung. Dies ist deshalb gerechtfertigt, weil die Sistierung in der Regel auf Antrag, zumindest aber im Einverständnis sämtlicher Parteien, erfolgt und nicht eine Untätigkeit des Gerichts für eine längere Verfahrensdauer ursächlich ist.

Die ausgewiesene Zahl erledigter Fälle in den Statistiken muss nicht mit den zusammengerechneten Fällen im Diagramm der Verfahrensdauer nach Zeitblöcken übereinstimmen, da in der Statistik der Fall mit Urteilstag als abgeschlossen erscheint, die Verfahrensdauer hingegen erst nach Versand des schriftlichen Urteils bzw. gegebenenfalls der schriftlichen Urteilsbegründung berechnet wird.

Hinsichtlich der beiden Statistiken betreffend Weiterzüge von Entscheiden des Kantonsgerichts an das Bundesgericht und betreffend Entscheide des Bundesgerichts ist anzumerken, dass die Entscheide des Bundesgerichts auch Weiterzüge von kantonalen Entscheiden aus Vorjahren umfassen.

Kantonsgericht

I. Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht

1. Geschäfte nach Vorinstanzen

Vorinstanz	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Urteile	Abschrei- bungen	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
Regierungsrat	32	91	123	58	7	65	58
Direktionen und Ämter	9	5	14	10	1	11	3
Landrat	0	1	1	1	0	1	0
Abteilung Enteignungsgericht	1	2	3	1	1	2	1
Abteilung Steuergericht	7	14	21	13	0	13	8
Baurekurskommission	5	12	17	5	3	8	9
Amt für Migration	0	10	10	6	4	10	0
Gemeinden	1	7	8	4	1	5	3
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden	30	125	155	105	36	141	14
Anwaltsprüfungskommission	1	2	3	1	0	1	2
Diverse	17	23	40	21	11	32	8
Keine ¹	14	11	25	25	0	25	0
Total Berichtsjahr	117	303	420	250	64	314	106
Total Vorjahr	107	328	435	240	78	318	117

¹ Dabei handelt es sich um Verfahren betreffend
Nachzahlung unentgeltliche Rechtspflege,
Kostenerlass und Vergütung der Parteienschädigung
infolge offensichtlicher Uneinbringlichkeit.

2. Geschäfte nach Rechtsgebieten

Rechtsgebiet	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Urteile nach Spruchkörper		Abschreibungen		Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidial/ Einzel- richter/in	Fünfer- Kammer	Vergleiche	Übrige		
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	16	27	43	0	16	0	5	21	22
Enteignungsrecht	1	0	1	0	1	0	0	1	0
Ausländerrecht	14	32	46	4	18	0	1	23	23
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	0	10	10	6	0	0	4	10	0
Opferhilferecht	0	2	2	0	0	0	0	0	2
Personalrecht (öffentliches Dienstrecht)	19	10	29	0	16	0	8	24	5
Übrige verwaltungs- rechtliche Fälle	28	73	101	40	28	0	7	75	26
Direkte Steuern (Bund, Kanton)	7	14	21	1	12	0	0	13	8
Übrige abgaberechtliche Fälle	0	2	2	0	0	0	1	1	1
Kindes- und Erwachsenen- schutzrecht (KESR)	30	126	156	75	31	0	36	142	14
Verfahren im Staatshaftungsrecht	2	7	9	1	1	0	2	4	5
Total Berichtsjahr	117	303	420	127	123	0	64	314	106
Total Vorjahr	107	328	435	120	120	0	78	318	117

3. Erledigungen

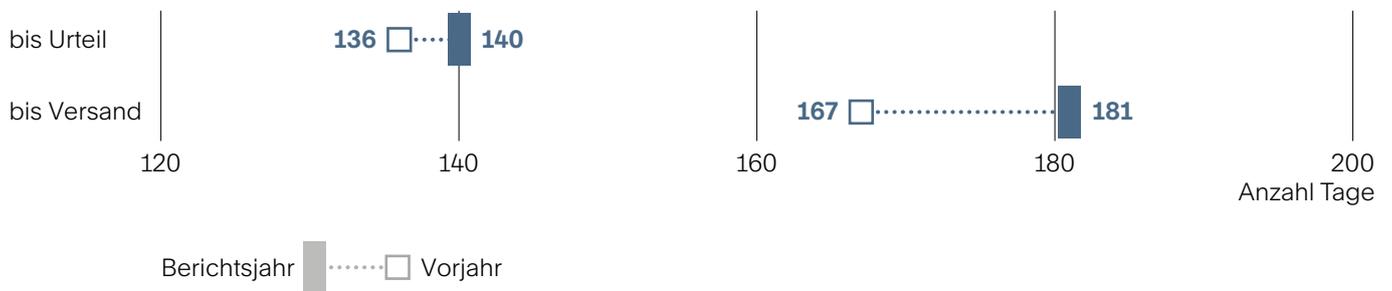
Vorinstanz	Abweisung	Nicht-eintreten	Gut-heissung	teilweise Gut-heissung	Haft bestätigt (ZWAR)	Haft aufgehoben (ZWAR)	übrige Erledigungen	Total Urteile
Regierungsrat	30	10	15	3	0	0	0	58
Direktionen und Ämter	10	0	0	0	0	0	0	10
Landrat	0	0	0	1	0	0	0	1
Abteilung Enteignungsgericht	1	0	0	0	0	0	0	1
Abteilung Steuergericht	11	1	1	0	0	0	0	13
Baurekurskommission	3	0	2	0	0	0	0	5
Amt für Migration	0	0	0	0	6	0	0	6
Gemeinden	0	2	2	0	0	0	0	4
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden	56	20	23	6	0	0	0	105
Anwaltsprüfungskommission	1	0	0	0	0	0	0	1
Diverse	4	5	14	0	0	0	0	23
Keine ²	0	0	0	0	0	0	23	23
Total Berichts-jahr	116	38	57	10	6	0	23	250
Total Vorjahr	98	62	35	20	5	1	19	240

² Dabei handelt es sich um Verfahren betreffend Nachzahlung unentgeltliche Rechtspflege, Kostenerlass und Vergütung der Parteientschädigung infolge offensichtlicher Uneinbringlichkeit.

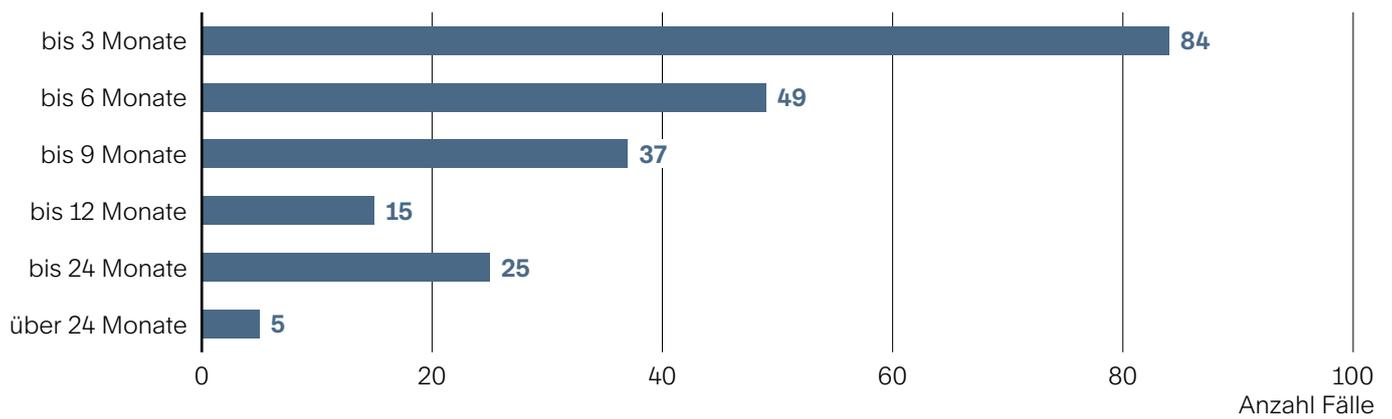
4. Anzahl und Dauer der Sitzungen

Zuständigkeit	Anzahl halbtägige Sitzungen	Sitzungsdauer (Std:Min)	verhandelte Fälle
Präsidial/Einzelrichter/in	–	–	127
Fünferkammer	50	170:30	139

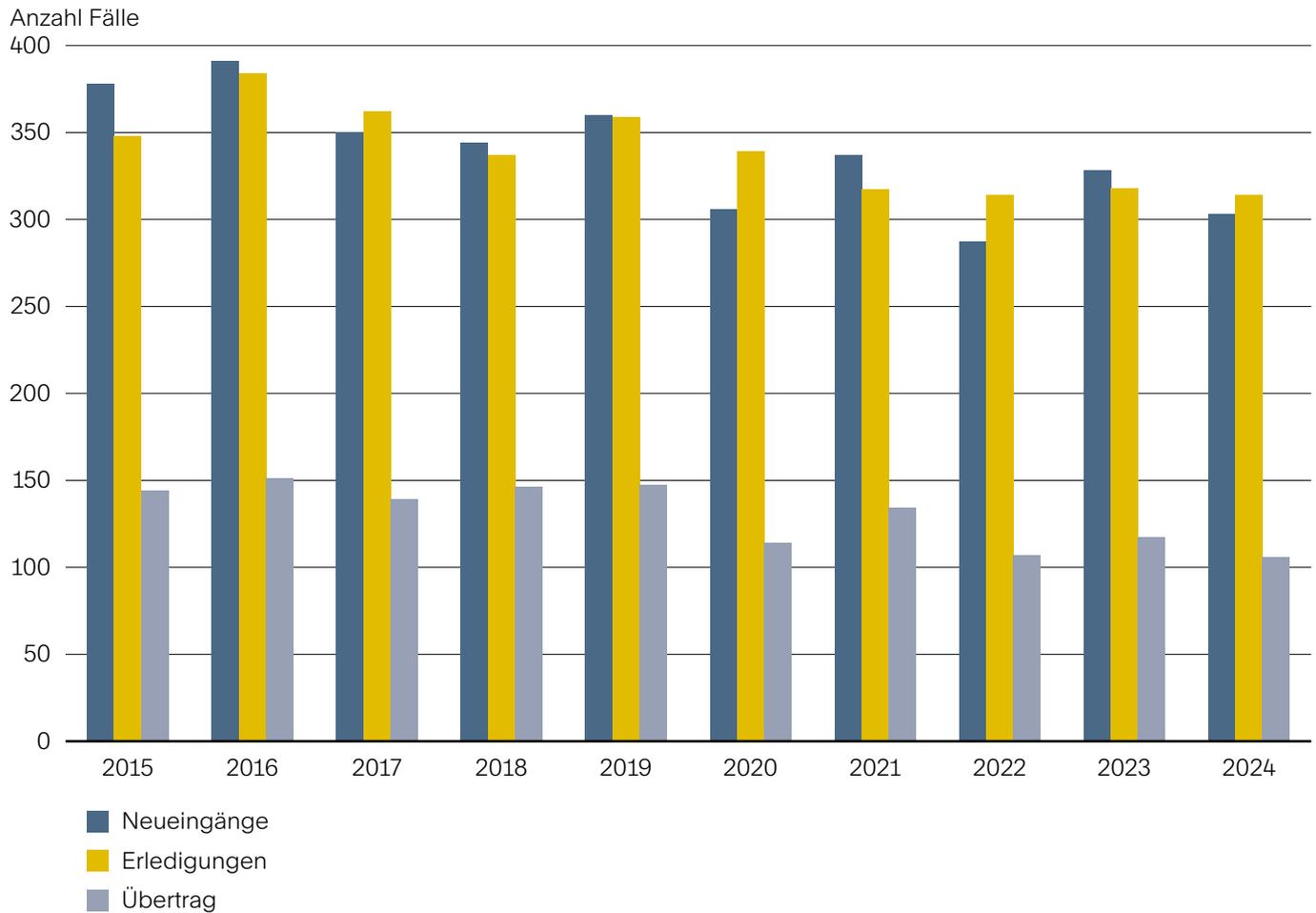
5. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht (ohne FU und ZWAR)



6. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht (ohne FU und ZWAR)



7. 10-Jahresstatistik Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht



8. Weiterzüge an das Bundesgericht

	Abweisung	Nicht-eintreten	Gutheissung	teilweise Gutheissung	übrige Erledigungen	Total
Beschwerden an das Bundesgericht (Weiterzüge)	-	-	-	-	-	26
Entscheide des Bundesgerichts	8	12	1	-	1	22

II. Abteilung Zivilrecht

1. Übersicht über die Geschäfte

Verfahren	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen		Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Entscheid	ohne Entscheid		
Direktinstanz	5	7	12	3	2	5	7
Berufungen	12	72	84	51	7	58	26
Beschwerden	26	130	156	93	31	124	32
Kostenerlass	0	0	0	0	0	0	0
Nachzahlung unentgeltliche Rechtspflege	0	8	8	5	2	7	1
Diverse Gesuche	0	7	7	5	0	5	2
Total Berichtsjahr	43	224	267	157	42	199	68
Total Vorjahr	30	200	230	146	41	187	43

2. Art der Erledigung

Berufungen gegen Entscheide der erstinstanzlichen Dreierkammern an die Dreierkammer der Abteilung Zivilrecht

Herkunft	Entscheide			Beendigungen ohne Entscheid			Total erledigt
	Abweisung	(teilweise) Gutheissung	Nicht-eintreten	Vergleich	Rückzug	Gegenstandslos	
Zivilkreisgericht Ost	1	1	0	0	0	0	2
Zivilkreisgericht West	5	3	0	0	0	0	8
Total Berichtsjahr	6	4	0	0	0	0	10
Total Vorjahr	7	6	2	1	2	0	18

Berufungen gegen Entscheide der Erstinstanzpräsidien an die Dreierkammer der Abteilung Zivilrecht

Herkunft	Entscheide			Beendigungen ohne Entscheid			Total erledigt
	Abweisung	(teilweise) Gutheissung	Nicht-eintreten	Vergleich	Rückzug	Gegenstandslos	
Zivilkreisgericht Ost	0	2	2	0	0	0	4
Zivilkreisgericht West	5	2	2	0	0	0	9
Mietschlichtungsstelle	0	0	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	5	4	4	0	0	0	13
Total Vorjahr	5	3	0	0	4	0	12

Berufungen gegen Entscheide der Erstinstanzpräsidien an die Präsidien der Abteilung Zivilrecht

Herkunft	Entscheide			Beendigungen ohne Entscheid			Total erledigt
	Abweisung	(teilweise) Gutheissung	Nicht-eintreten	Vergleich	Rückzug	Gegenstandslos	
Zivilkreisgericht Ost	5	3	4	3	1	0	16
Zivilkreisgericht West	7	3	6	2	1	0	19
Total Berichtsjahr	12	6	10	5	2	0	35
Total Vorjahr	10	2	8	3	4	2	29

Total Berufungen

	Entscheide			Beendigungen ohne Entscheid			Total erledigt
	Abweisung	(teilweise) Gutheissung	Nicht-eintreten	Vergleich	Rückzug	Gegenstandslos	
Berichtsjahr	23	14	14	5	2	0	58
Vorjahr	22	11	10	4	10	2	59

Beschwerden an die Abteilung Zivilrecht

Herkunft	Entscheide			Beendigungen ohne Entscheid			Total erledigt
	Abweisung	(teilweise) Gutheissung	Nicht-eintreten	Vergleich	Rückzug	Gegenstandslos	
Zivilkreisgericht Ost	6	10	19	0	9	3	47
Zivilkreisgericht West	22	11	26	1	14	5	79
Friedensrichter/innen	1	1	1	0	0	0	3
Mietschlichtungsstelle	0	0	0	0	1	1	2
Abteilungspräsidium ZR	2	7	0	1	0	3	13
Total Berichtsjahr	31	29	46	2	24	12	144
Total Vorjahr	17	25	38	0	13	2	95

3. Erledigungen nach Rechtsgebieten ohne Direktinstanz

Berufungen	Erledigungen Berichtsjahr	Erledigungen Vorjahr
Familien und Erbrecht	28	24
Obligationenrecht (inkl. Mietrecht)	15	18
SchKG (ohne Aufsichtsfunktion)	0	4
Übriges Zivilrecht	15	13
Beschwerden		
in Zivilsachen	124	95
Total	182	154

4. Anzahl und Dauer der Sitzungen

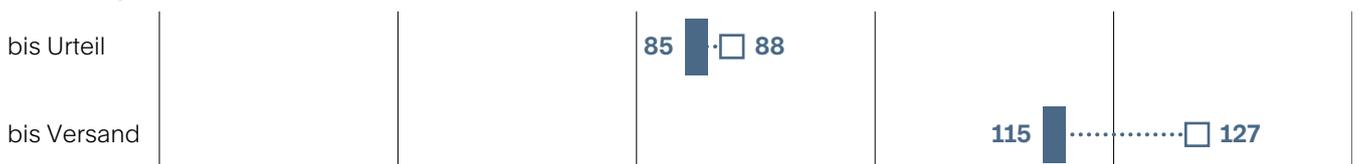
Herkunft	Anzahl halbtägige Sitzungen	Sitzungsdauer (Std:Min)	verhandelte Fälle
Präsidial	47	58:40	97
Dreierkammer	13	44:15	22
Total Berichtsjahr	60	102:55	119
Aufsichtsbehörde SchKG	-	6:15	25

5. Weiterzüge an das Bundesgericht

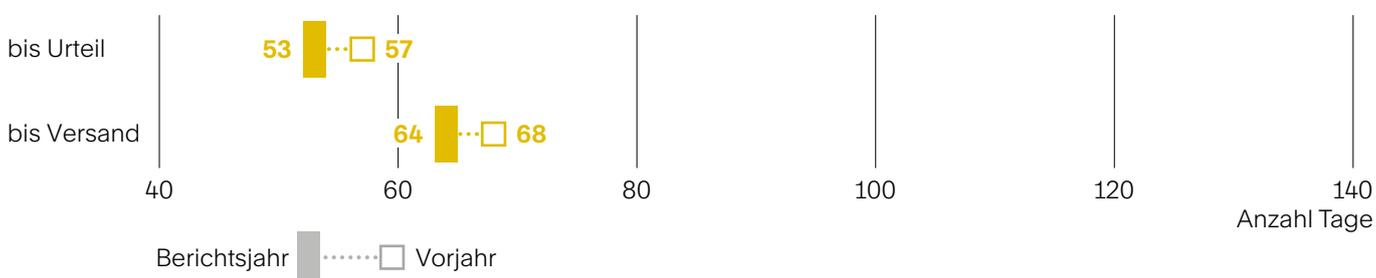
	Abweisung	Nicht-eintreten	Gutheissung	teilweise Gutheissung	übrige Erledigungen	Total
Beschwerden an das Bundesgericht (Weiterzüge)	-	-	-	-	-	15
Entscheide des Bundesgerichts	6	6	2	2	0	16

6. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen Abteilung Zivilrecht

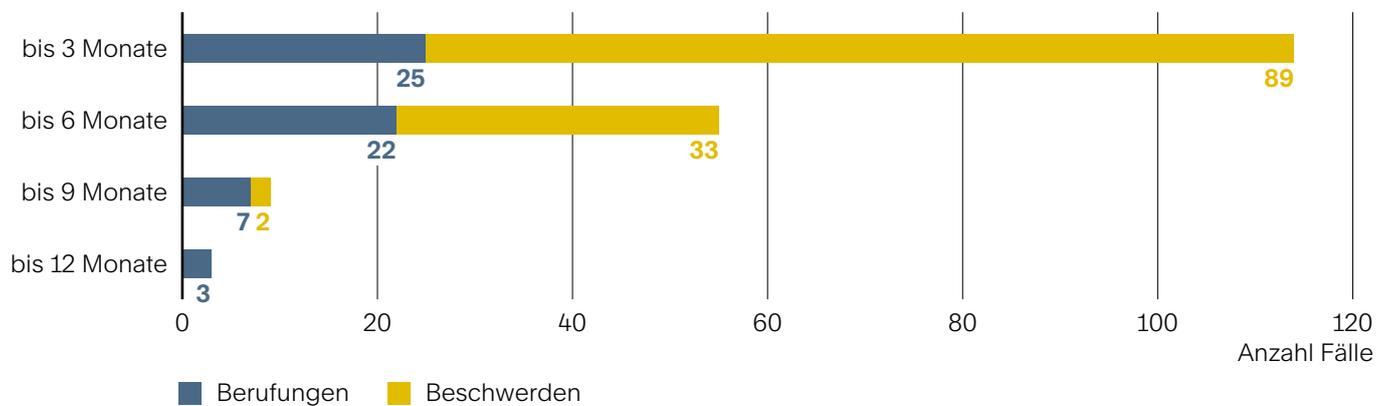
Berufungen



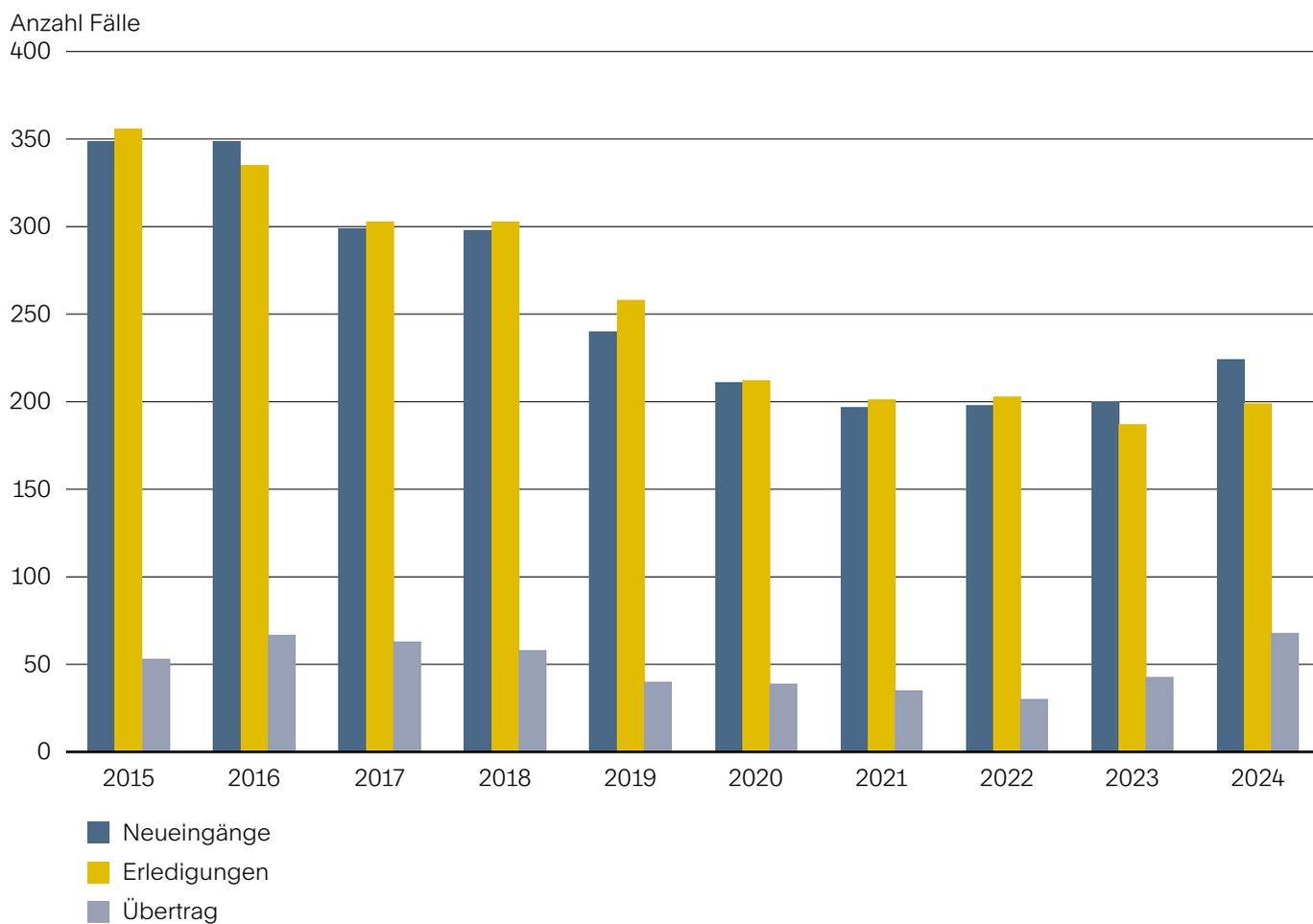
Beschwerden



7. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Abteilung Zivilrecht



8. 10-Jahresstatistik Abteilung Zivilrecht CH ZPO



III. Abteilung Sozialversicherungsrecht

1. Geschäfte nach Sachbereich

Sachbereich	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Urteile und Entscheide nach Spruchkörper			Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidial	Dreiergericht	Abschreibungen		
Arbeitslosenversicherung	30	54	84	34	16	7	57	27
Krankenversicherung	25	19	44	7	2	12	21	23
Unfallversicherung	28	62	90	3	34	1	38	52
Invalidenversicherung	127	155	282	13	104	14	131	151
Berufliche Vorsorge	11	12	23	6	7	2	15	8
Übriges	45	89	134	59	23	13	95	39
Total Berichtsjahr	266	391	657	122	186	49	357	300
Total Vorjahr	268	399	667	130	219	52	401	266

2. Erledigungen

Sachbereich	Urteile							Abschreibungen	Total erledigt
	Abweisung	Gutheissung	(teilweise) Gutheissung	Nicht-eintreten	Rückweisung	übrige Erledigungen			
Arbeitslosenversicherung	32	6	1	2	9	0	7	57	
Krankenversicherung	2	0	0	2	5	0	12	21	
Unfallversicherung	17	3	2	2	13	0	1	38	
Invalidenversicherung	49	30	6	4	28	0	14	131	
Berufliche Vorsorge	6	5	2	0	0	0	2	15	
Übriges	18	12	4	5	9	34	13	95	
Total Berichtsjahr	124	56	15	15	64	34	49	357	
Total Vorjahr	141	46	17	7	75	63	52	401	

3. Anzahl und Dauer der Sitzungen/Verhandlungen

Zuständigkeit	Anzahl halbtägige Sitzungen	Sitzungsdauer (Std : Min)	verhandelte Fälle
Präsidial	-	-	122
Dreiergericht	59	177:00	221

4. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen Abteilung Sozialversicherungsrecht

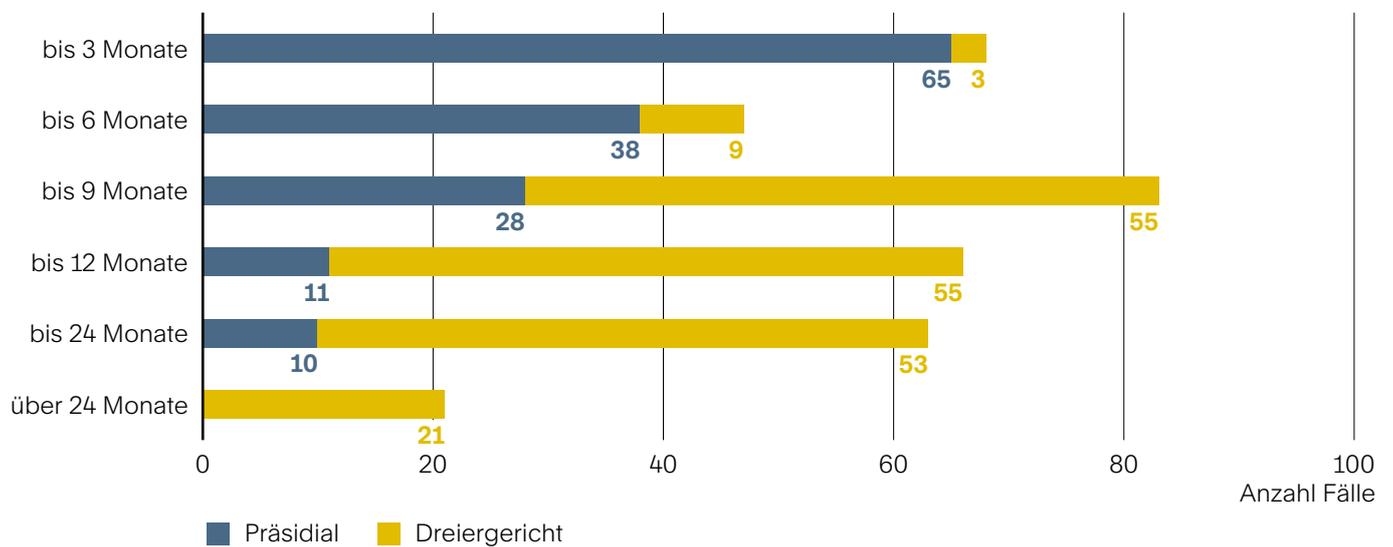
Präsidential



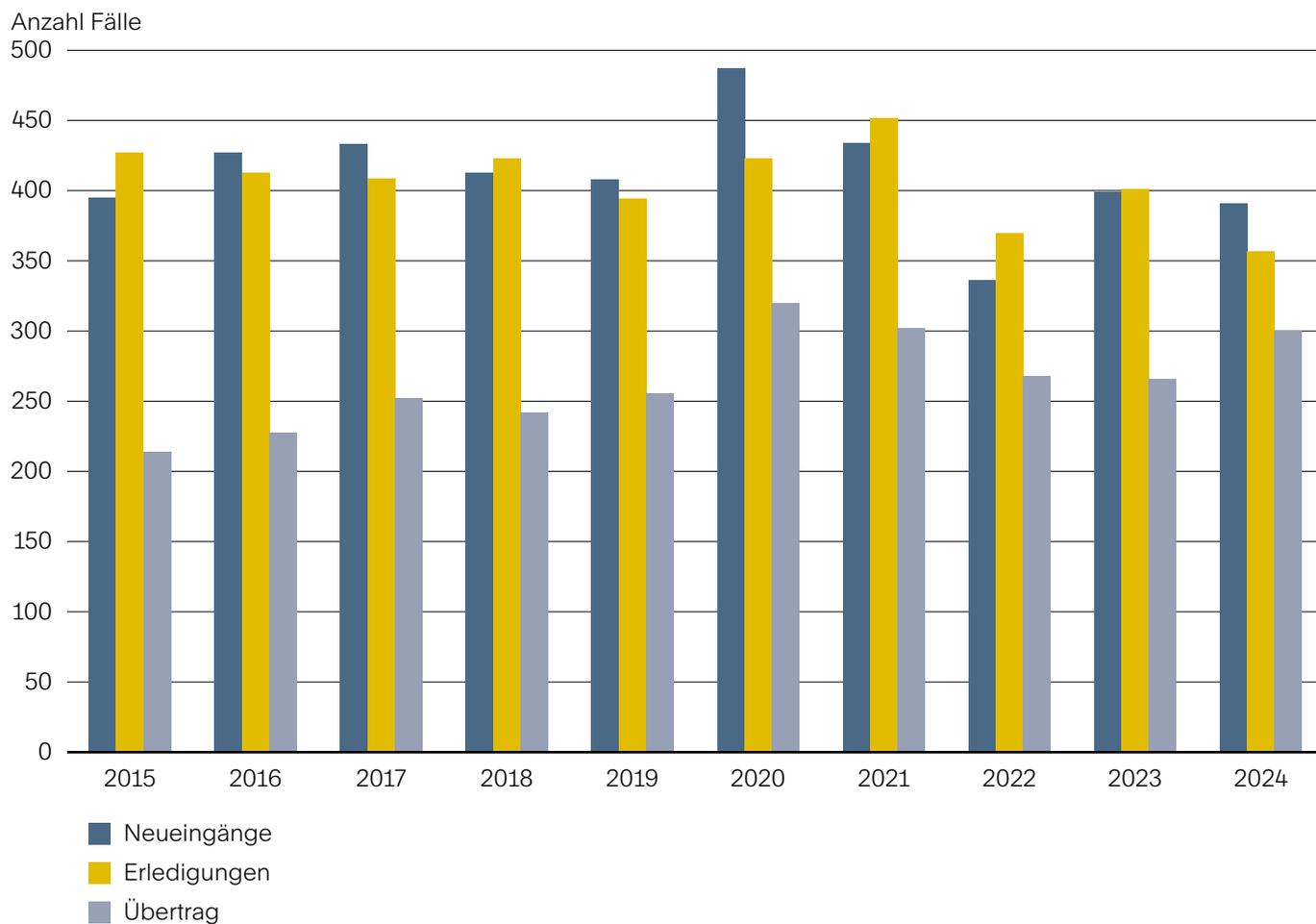
Dreiergericht



5. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Abteilung Sozialversicherungsrecht



6. 10-Jahresstatistik Abteilung Sozialversicherungsrecht



7. Weiterzüge an das Bundesgericht

	Abweisung	Nicht-eintreten	Gutheissung	teilweise Gutheissung	übrige Erledigungen	Total
Beschwerden an das Bundesgericht (Weiterzüge)	-	-	-	-	-	24
Entscheide des Bundesgerichts	10	5	3	4	2	24

IV. Abteilung Strafrecht

1. Übersicht über die Geschäfte

1a. Falleingänge

	Berufungen	Beschwerden	Diversa	Total Eingänge
Total Berichtsjahr	65	140	73	278
Total Vorjahr	70	114	78	262

1b. Anzahl und Dauer der Sitzungen der Dreier- und Fünferkammer

Spruchkörper	Anzahl Sitzungen	Sitzungsdauer (Std:Min)	verhandelte Fälle
Dreierkammer	95	266:20	164
Fünferkammer	15	42:35	5
Total Berichtsjahr	110	308:55	169
Total Vorjahr	105	301:30	155

1c. Geschäfte nach Verfahren

Verfahren	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen		Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Entscheide	Abschrei- bungen		
Berufungen	36	65	101	49	21	70	31
Beschwerden	16	140	156	124	15	139	17
Diversa-Geschäfte	20	73	93	81	6	87	6
Total Berichtsjahr	72	278	350	254	42	296	54
Total Vorjahr	76	262	338	214	52	266	72

2. Berufungen³

2a. Geschäfte nach Herkunft

Herkunft	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
Leitung Staatsanwaltschaft	0	0	0	0	0
Staatsanwaltschaft Hauptabteilung Allgemeine Delikte	26	49	75	50	25
Staatsanwaltschaft Hauptabteilung Besondere Delikte	5	7	12	9	3
Staatsanwaltschaft Hauptabteilung Wirtschaftskriminalität	2	3	5	4	1
Staatsanwaltschaft Hauptabteilung Strafbefehle	3	6	9	7	2
Jugendanwaltschaft	0	0	0	0	0
Gemeinden	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	36	65	101	70	31
Total Vorjahr	43	70	113	77	36

2b. Geschäfte nach Verfahrensausgang und Deliktgruppen

Berufungen an die Fünferkammer der Abteilung Strafrecht

Deliktgruppen	Abweisung	teilweise Gutheissung	Gutheissung	Nicht- eintreten	Abschrei- bung	Total erledigt
Leib und Leben	0	1	0	0	0	1
Wirtschaft und Vermögen	1	3	0	0	1	5
Ehre, Freiheit, Geheimbereich, Familie und sexuelle Integrität	0	0	0	0	1	1
Gemeinschaft, ordre public und Staat	0	0	0	0	0	0
Neben- und Übertretungsstrafrecht	0	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	1	4	0	0	2	7
Total Vorjahr	3	4	2	0	1	10

Berufungen an die Dreierkammer der Abteilung Strafrecht

Deliktgruppen	Abweisung	teilweise Gutheissung	Gutheissung	Nicht- eintreten	Abschrei- bung	Total erledigt
Leib und Leben	4	6	0	1	3	14
Wirtschaft und Vermögen	2	8	0	4	7	21
Ehre, Freiheit, Geheimbereich, Familie und sexuelle Integrität	1	4	0	1	4	10
Gemeinschaft, ordre public und Staat	0	0	0	0	1	1
Neben- und Übertretungsstrafrecht	6	4	3	0	4	17
Total Berichtsjahr	13	22	3	6	19	63
Total Vorjahr	20	19	3	1	24	67

³ erfasst nach Anzahl Fällen, nicht nach Personen, vgl. 56ff.

Total Berufungen

	Abweisung	teilweise Gutheissung	Gutheissung	Nicht- eintreten	Abschrei- bung	Total erledigt
Total Berichtsjahr	14	26	3	6	21	70
Total Vorjahr	23	23	5	1	25	77

2c. Erledigte Berufungen nach Spruchkörper der Vorinstanz

Spruchkörper der Vorinstanz	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
Präsidium	21	31	52	39	13
Dreierkammer	14	30	44	29	15
Fünferkammer	1	4	5	2	3
Total Berichtsjahr	36	65	101	70	31
Total Vorjahr	43	70	113	77	36

2d. Erledigte Berufungen nach Spruchkörper des Kantonsgerichts

Spruchkörper des Kantonsgerichts	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
Dreierkammer	32 ⁴	55	87	63	24
Fünferkammer	4 ⁵	10	14	7	7
Total Berichtsjahr	36	65	101	70	31
Total Vorjahr	43	70	113	77	36

⁴ Nachträgliche Umteilung von 2 Fällen aufgrund Wechsel des Spruchkörpers von der Dreierkammer zur Fünferkammer.

⁵ Siehe Fussnote 4.

3. Beschwerden

3a. Geschäfte nach Herkunft

Herkunft	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
Strafgericht	5	15	20	19	1
Zwangsmassnahmengericht	3	28	31	26	5
Leitung Staatsanwaltschaft	0	0	0	0	0
Staatsanwaltschaft Hauptabteilung Allgemeine Delikte	7	70	77	69	8
Staatsanwaltschaft Hauptabteilung Besondere Delikte	0	12	12	10	2
Staatsanwaltschaft Hauptabteilung Wirtschaftskriminalität	1	5	6	6	0
Staatsanwaltschaft Hauptabteilung Strafbefehle	0	6	6	6	0
Jugend-anwaltschaft	0	4	4	3	1
Polizei	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	16	140	156	139	17
Total Vorjahr	18	114	132	116	16

3b. Geschäfte nach Verfahrensausgang und Betreffnissen

Betreffnisse	Abweisung	teilweise Gutheissung	Gutheissung	Nicht- eintreten	Abschrei- bung	Total erledigt
Nichteintreten auf Einsprache gegen Strafbefehl	1	0	0	6	2	9
Durchsuchung/Beschlagnahme	7	2	2	2	1	14
Verfahrenseinstellung	8	2	6	6	2	24
Verfahrenshandlungen	7	0	2	4	5	18
Nichtanhandnahme	12	0	1	4	0	17
Verfahrenssistierung	2	0	2	0	0	4
Untersuchungs-/Sicherheitshaft	20	1	2	1	2	26
Andere Zwangsmassnahmen	1	0	3	1	1	6
Bestellung der amtlichen Verteidigung	5	1	1	0	0	7
Widerruf und Wechsel der amtlichen Verteidigung	2	1	0	0	1	4
Entschädigung der amtlichen Verteidigung	0	2	0	0	0	2
Kostenauflegung	1	0	1	0	0	2
Sonstige	4	0	1	0	1	6
Total Berichtsjahr	70	9	21	24	15	139
Total Vorjahr	53	12	17	16	18	116

3c. Erledigte Beschwerden nach Spruchkörper des Kantonsgerichts

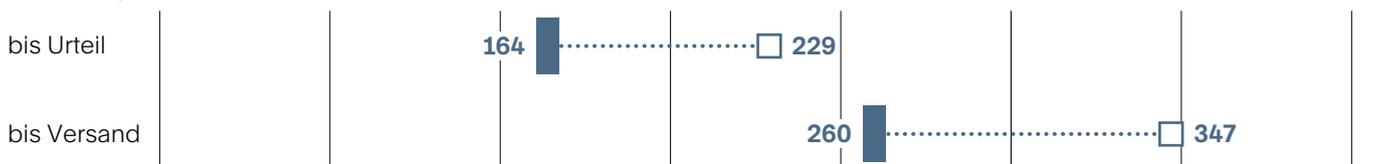
Spruchkörper des Kantonsgerichts	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
Präsidium	2	6	8	8	0
Dreierkammer	14	134	148	131	17
Total Berichtsjahr	16	140	156	139	17
Total Vorjahr	18	114	132	116	16

4. Diversa-Geschäfte

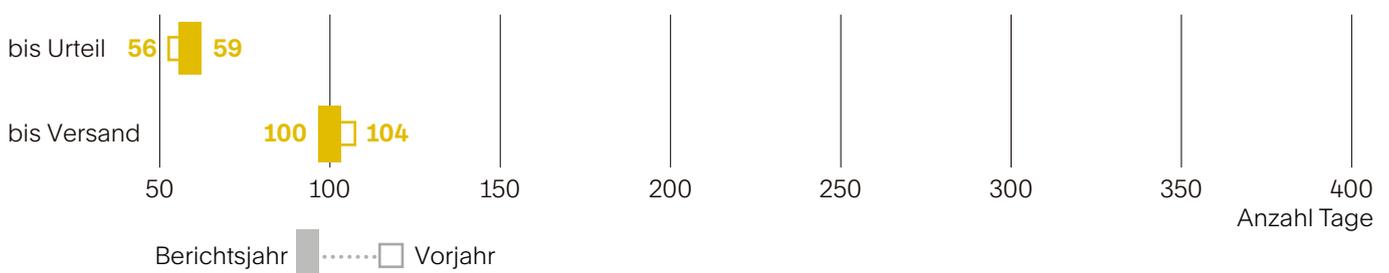
Betreffnisse	Abweisung	teilweise Gutheissung	Gutheissung	Nicht-eintreten	Abschreibung	Total erledigt
Revision	0	0	9	2	1	12
Kostenerlass	26	4	2	4	2	38
Ausstandsbegehren	4	0	4	11	1	20
Rückforderung Entschädigung	7	0	8	0	1	16
Sonstige	0	0	0	0	1	1
Total Berichtsjahr	37	4	23	17	6	87
Total Vorjahr	34	4	21	7	7	73

5. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen Abteilung Strafrecht

Berufungen

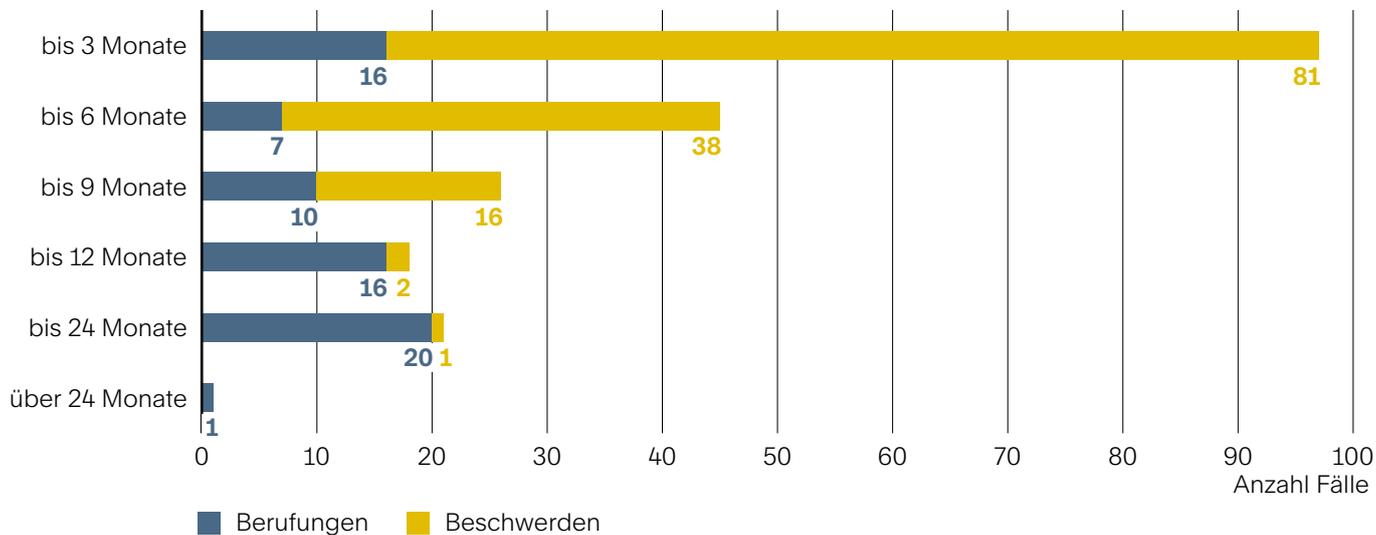


Beschwerden

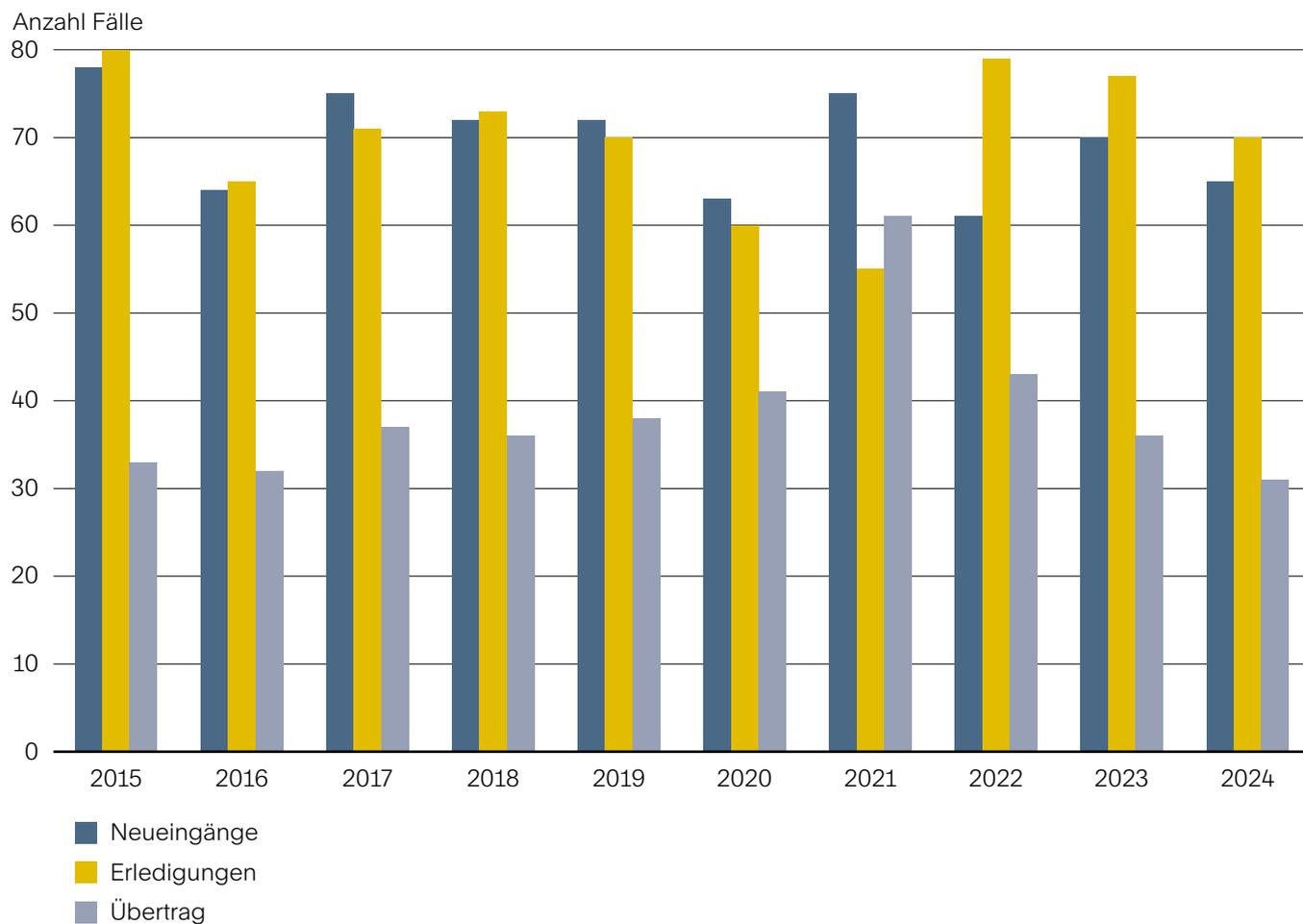


Bemerkung: Die Verfahrensdauer bei den Berufungen beginnt ab Vorliegen der Berufungserklärung und der Anschlussberufungserklärung.

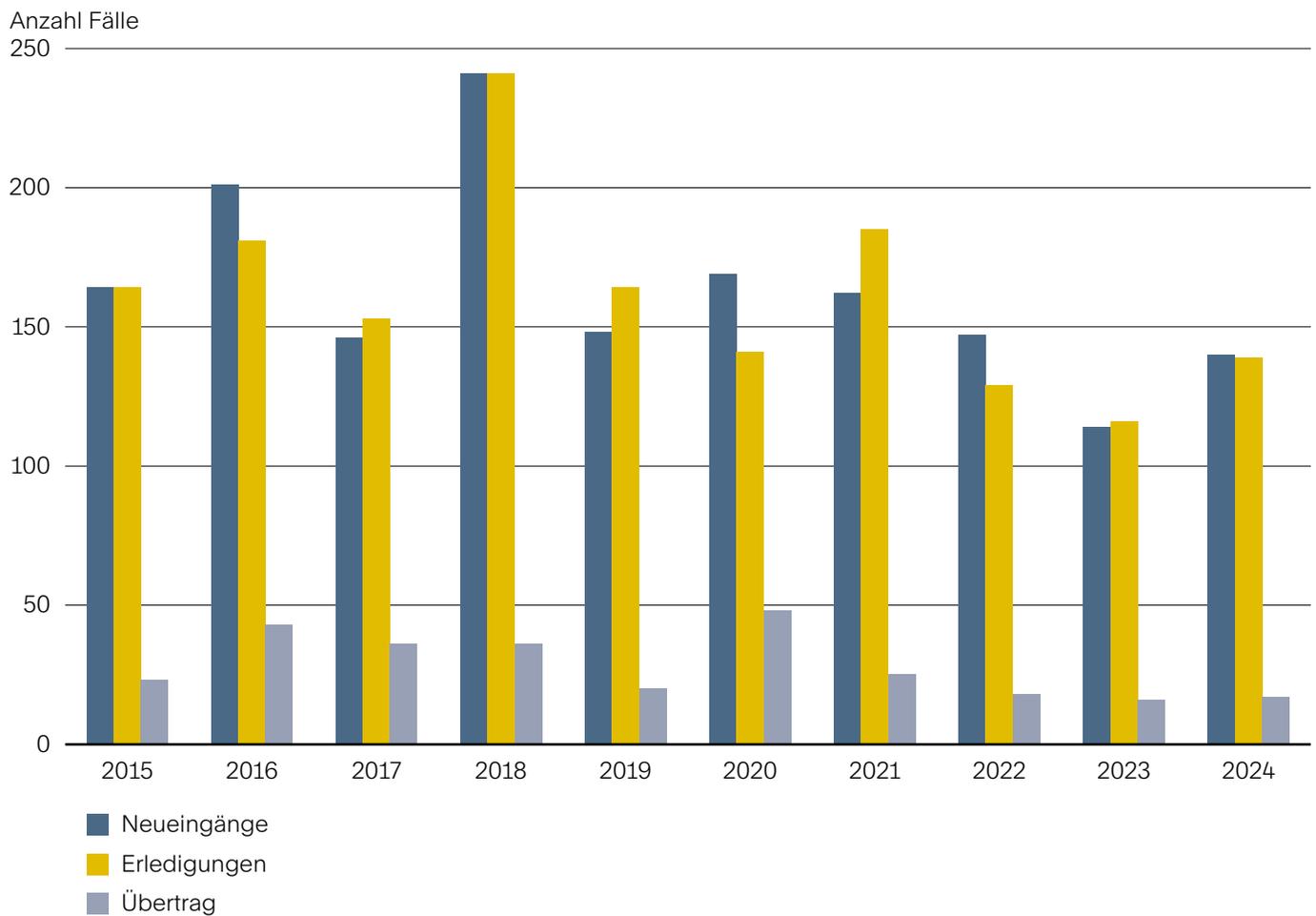
6. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Abteilung Strafrecht



7. 10-Jahresstatistik Berufungen Abteilung Strafrecht



8. 10-Jahresstatistik Beschwerden Abteilung Strafrecht



9. Weiterzüge an das Bundesgericht

	Abweisung	Nicht-eintreten	Gutheissung	teilweise Gutheissung	übrige Erledigungen	Total
Beschwerden an das Bundesgericht (Weiterzüge)	-	-	-	-	-	52
Entscheide des Bundesgerichts	16	20	1	2	7	46

V. Aufsichtsbehörde Schuldbetreibung und Konkurs

1. Geschäfte der Aufsichtsbehörde

	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Erledigungen	Übertrag auf Folgejahr
Berichtsjahr	13	107	99	21
Vorjahr	9	127	123	13

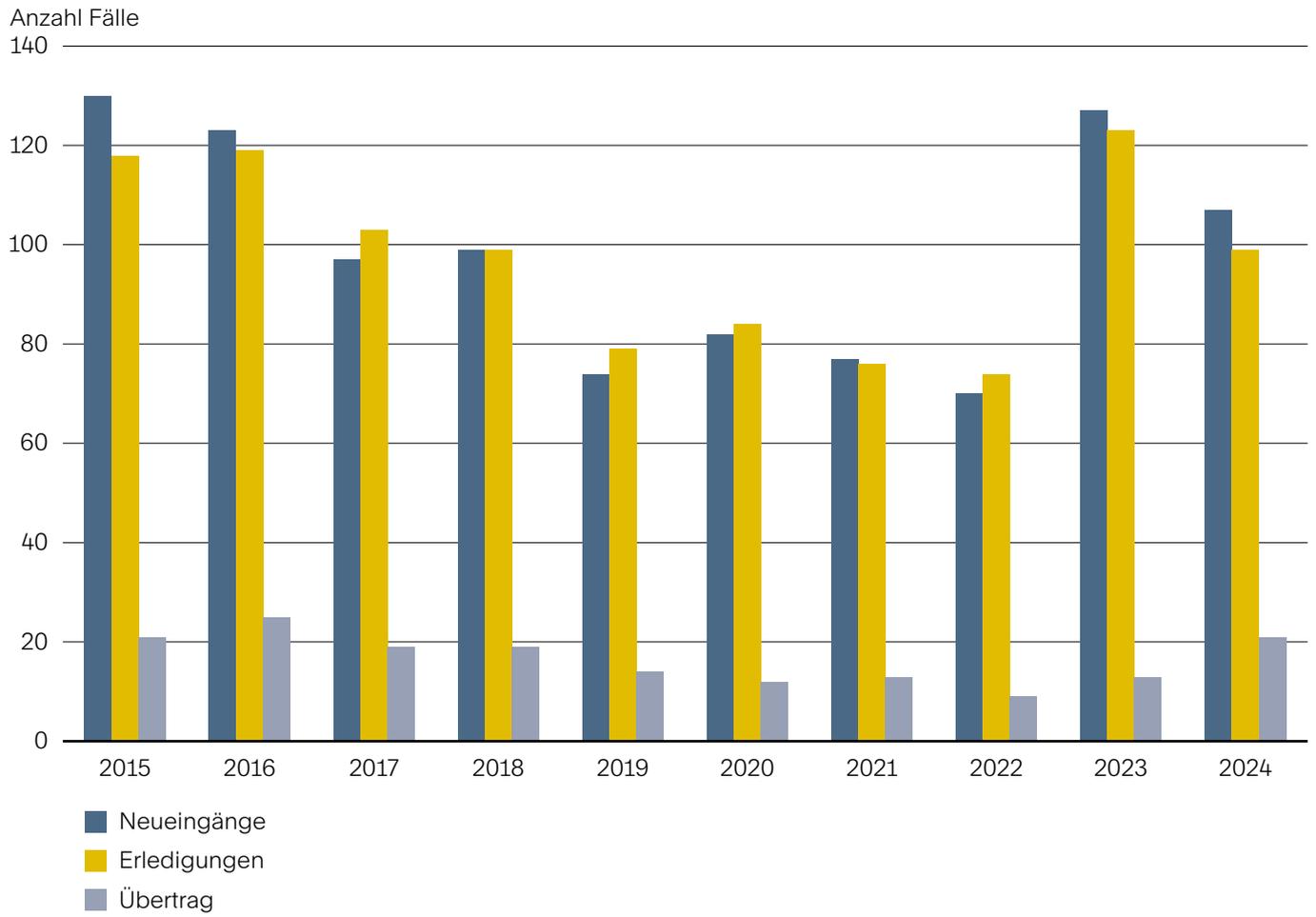
2. Erledigungen der Aufsichtsbehörde

	Abweisung	(teilweise) Gut- heissung	Rückzug	Nicht- eintreten	Gegen- standslos	Total erledigt
Beschwerden gem. Art. 17 SchKG	27	4	5	25	20	81
Beschwerden gegen den Regierungsrat	2	0	0	0	1	3
andere Geschäfte	3	2	1	2	3	11
Wiederherstellung der Rechtsvorschlagsfrist	0	0	0	2	2	4
Total Berichtsjahr	32	6	6	29	26	99
Total Vorjahr	25	4	3	46	45	123

3. Weiterzüge an das Bundesgericht

	Abweisung	Nicht- eintreten	Gut- heissung	teilweise Gut- heissung	übrige Erle- digungen	Total
Beschwerden an das Bundesgericht (Weiterzüge)	-	-	-	-	-	7
Entscheide des Bundesgerichts	0	6	0	0	0	6

4. 10-Jahresstatistik der Aufsichtsbehörde



Zivilkreisgerichte

I. Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West

1. Übersicht Geschäfte Zivilkreisgericht West

Geschäfte	Übertrag aus Vorjahr		Eingang	Total hängig	Erledigungen nach Spruchkörper				Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
					Präsidial		Dreierkammer			
					Ent- scheide	Abschrei- bungen	Ent- scheide	Abschrei- bungen		
Personenrecht	13	33	46	19	15	1	0	35	11	
Eheschutzverfahren	36	147	183	52	85	0	0	137	46	
Übriges Familien- und Erbrecht	270	523	793	406	117	36	4	563	230	
Sachenrecht	44	237	281	158	83	2	2	245	36	
Miete- und Pacht (exkl. Exmissionen)	64	39	103	18	23	0	0	41	62	
Exmissionen	9	114	123	96	14	0	0	110	13	
Arbeitsvertrag	58	215	273	100	113	4	0	217	56	
Übriges Obligationenrecht	75	106	181	60	22	9	4	95	86	
Übriges Zivilrecht	35	325	360	295	38	0	0	333	27	
Rechtsöffnung provisorisch	26	208	234	183	22	0	0	205	29	
Rechtsöffnung definitiv	71	618	689	527	58	0	0	585	104	
Übrige SchKG-Fälle	57	751	808	701	54	1	0	756	52	
Total Berichtsjahr	758	3'316	4'074	2'615	644	53	10	3'322	752	
Total Vorjahr	666	3'091	3'757	2'297	650	36	16	2'999	758	

Inklusive Schlichtungsverfahren. Ohne Fälle der Rechtshilfe (rogatorische Einvernahmen und Zustellungen).

2. Erledigungen im Schlichtungsverfahren Zivilkreisgericht West

Geschäfte	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Erledigungen						Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
			Total hängig	Ver- gleiche	Ent- scheidungen	ange- nommene Urteils- vorschläge	Klage- bewilli- gungen	andere Erledi- gungen		
Familien- und Erbrecht	37	95	132	44	24	0	30	5	103	29
Arbeitsvertrag	37	170	207	62	9	0	69	37	177	30
Total Berichtsjahr	74	265	339	106	33	0	99	42	280	59
Total Vorjahr	61	243	304	102	22	0	78	28	230	74

3. Erledigungen der Spruchkörper Zivilkreisgericht West

Spruchkörper	Urteile				Abschreibungen				Total erledigt
	Abweisung	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Nicht- eintreten	Anerken- nung	Rückzug	Gegen- standslos	Vergleich	
Präsidial	207	1622	267	177	26	208	92	164	2763
Dreierkammer	11	28	12	2	0	1	0	9	63
Total Berichtsjahr	218	1'650	279	179	26	209	92	173	2'826
Total Vorjahr	193	1'534	279	130	31	164	70	187	2'588

Ohne Fälle im Schlichtungsverfahren, der Rechtshilfe (rogatorische Einvernahmen und Zustellungen) und Nachzahlungen unentgeltlicher Rechtspflege.

4. Anzahl der Sitzungen und Verhandlungen Zivilkreisgericht West

Zuständigkeit	Anzahl halbtägige Sitzungen	verhandelte Fälle
Präsidial als Schlichtungsbehörde	-	217
Präsidial	-	721
Dreierkammer	47	48
Total Berichtsjahr	47	986
Total Vorjahr	49	1'017

5. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen Zivilkreisgericht West

Summarisches Verfahren



Ordentliches Verfahren



Ehescheidungsverfahren

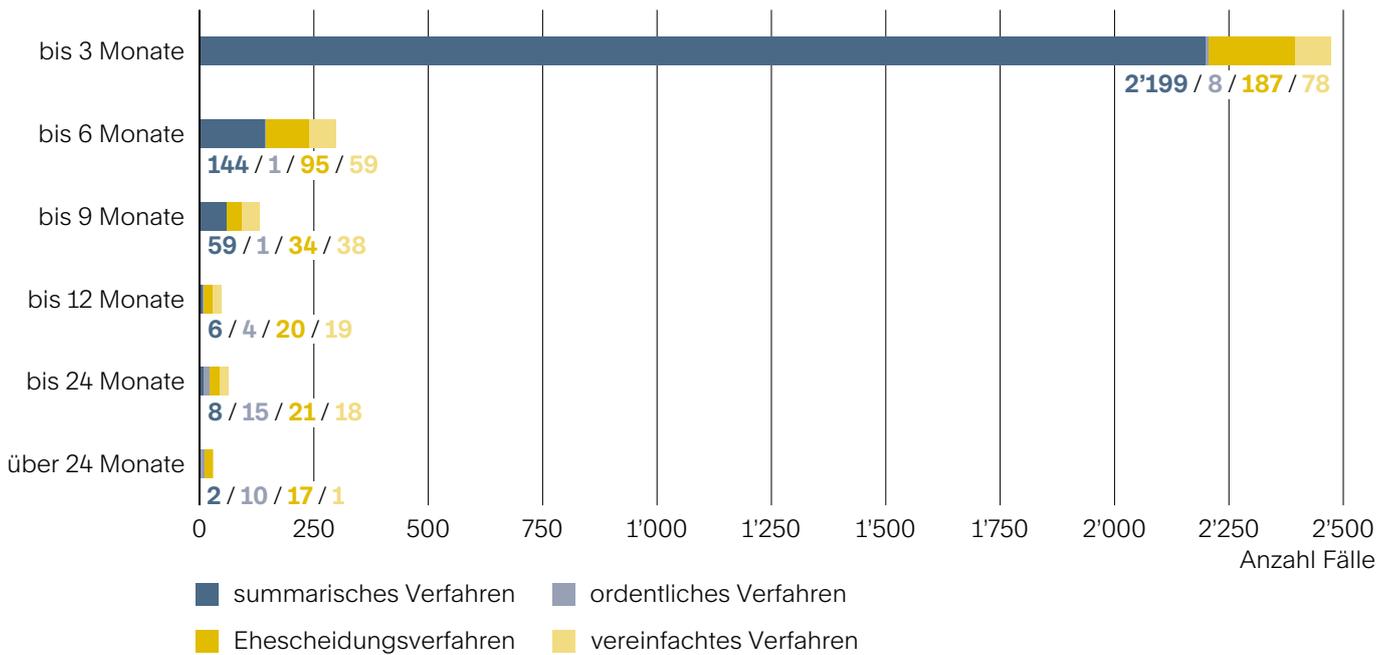


Vereinfachtes Verfahren



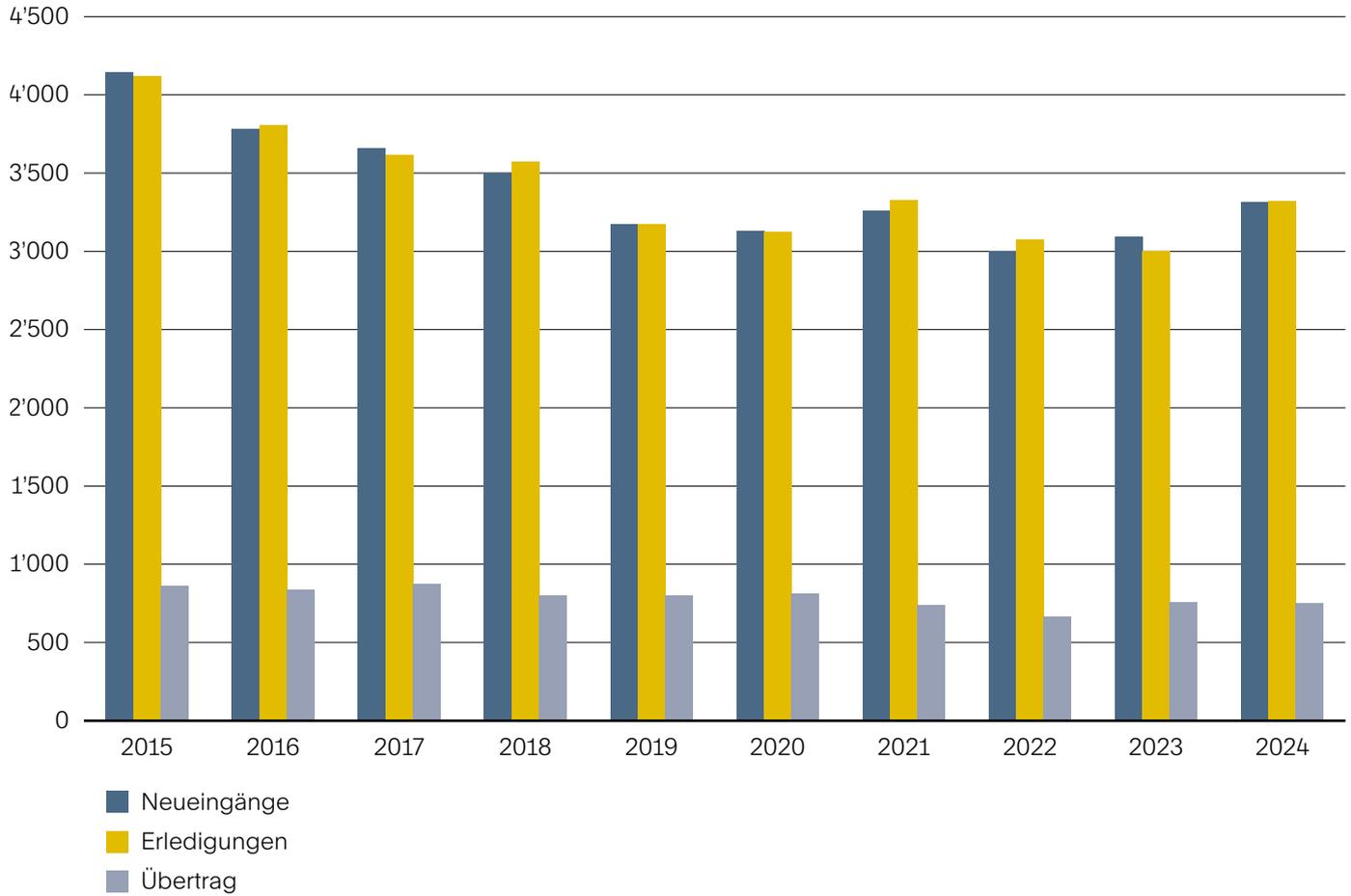
Berichtsjahr Vorjahr

6. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Zivilkreisgericht West



7. 10-Jahresstatistik Zivilkreisgericht West

Anzahl Fälle



II. Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost

1. Übersicht Geschäfte Zivilkreisgericht Ost

Geschäfte	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen nach Spruchkörper (Präsidial inkl. Schlichtungsverfahren)				Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidial		Dreierkammer			
				Ent- scheide	Abschrei- bungen	Ent- scheide	Abschrei- bungen		
Personenrecht	5	10	15	4	8	0	0	12	3
Eheschutzverfahren	34	90	124	35	55	0	0	90	34
Übriges Familien- und Erbrecht	187	355	542	242	75	10	3	330	212
Sachenrecht	20	53	73	27	14	0	0	41	32
Miete- und Pacht (exkl. Exmissionen)	35	21	56	8	8	0	2	18	38
Exmissionen	9	83	92	73	7	0	0	80	12
Arbeitsvertrag	56	138	194	57	75	1	1	134	60
Übriges Obligationenrecht	54	72	126	38	20	6	4	68	58
Übriges Zivilrecht	28	168	196	160	6	0	0	166	30
Rechtsöffnung provisorisch	22	107	129	90	21	0	0	111	18
Rechtsöffnung definitiv	55	364	419	306	45	0	0	351	68
Übrige SchKG-Fälle	44	637	681	485	161	1	0	647	34
Total Berichtsjahr	549	2'098	2'647	1'525	495	18	10	2'048	599
Total Vorjahr	507	2'126	2'633	1'529	529	24	2	2'084	549

Inklusive Schlichtungsverfahren. Ohne Fälle der Rechtshilfe (rogatorische Einvernahmen und Zustellungen).

2. Erledigungen im Schlichtungsverfahren Zivilkreisgericht Ost

Geschäfte	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen					Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Ver- gleiche	Ent- scheide	ange- nommene Urteils- vorschläge	Klage- bewilli- gungen	andere Erledi- gungen		
Familien- und Erbrecht	25	48	73	23	0	0	12	8	43	30
Arbeitsvertrag	41	110	151	53	2	2	42	15	114	37
Total Berichtsjahr	66	158	224	76	2	2	54	23	157	67
Total Vorjahr	53	164	217	65	1	2	55	28	151	66

3. Erledigungen der Spruchkörper Zivilkreisgericht Ost

Spruchkörper	Urteile				Abschreibungen				Total erledigt
	Abweisung	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Nicht-eintreten	Anerkennung	Rückzug	Gegenstandslos	Vergleich	
Präsidial	67	1'141	82	73	114	122	71	88	1'758
Dreierkammer	2	12	3	1	1	0	0	9	28
Total Berichtsjahr	69	1'153	85	74	115	122	71	97	1'786
Total Vorjahr	73	1'169	80	63	139	113	54	129	1'820

Ohne Fälle im Schlichtungsverfahren, der Rechtshilfe (rogatorische Einvernahmen und Zustellungen) und Nachzahlungen unentgeltlicher Rechtspflege.

4. Anzahl der Sitzungen und Verhandlungen Zivilkreisgericht Ost

Zuständigkeit	Anzahl halbtägige Sitzungen	verhandelte Fälle
Präsidial als Schlichtungsbehörde	101	101
Präsidial	325	325
Dreierkammer	15	15
Total Berichtsjahr	441	441
Total Vorjahr	471	475

5. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen Zivilkreisgericht Ost

Summarisches Verfahren



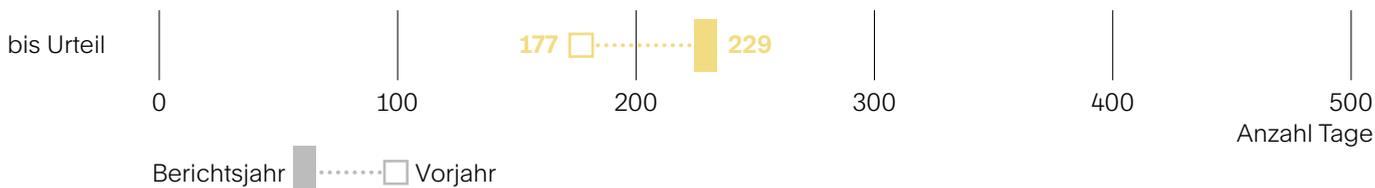
Ordentliches Verfahren



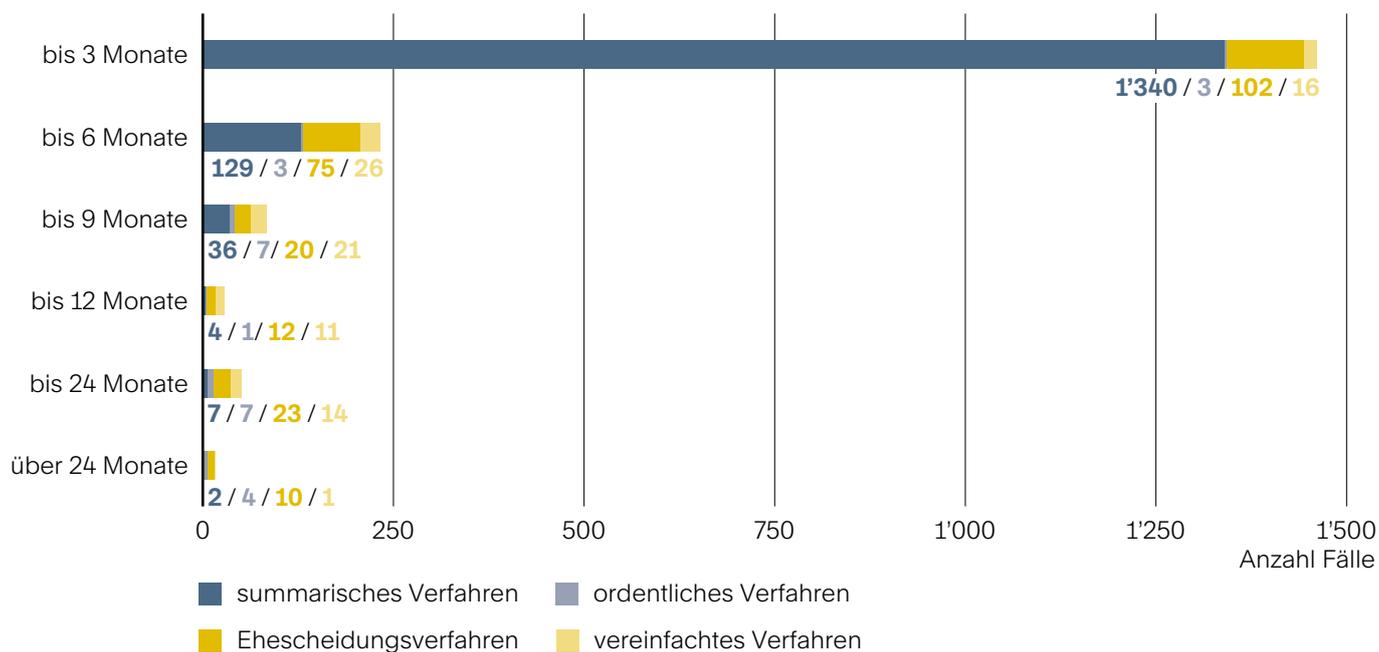
Ehescheidungsverfahren



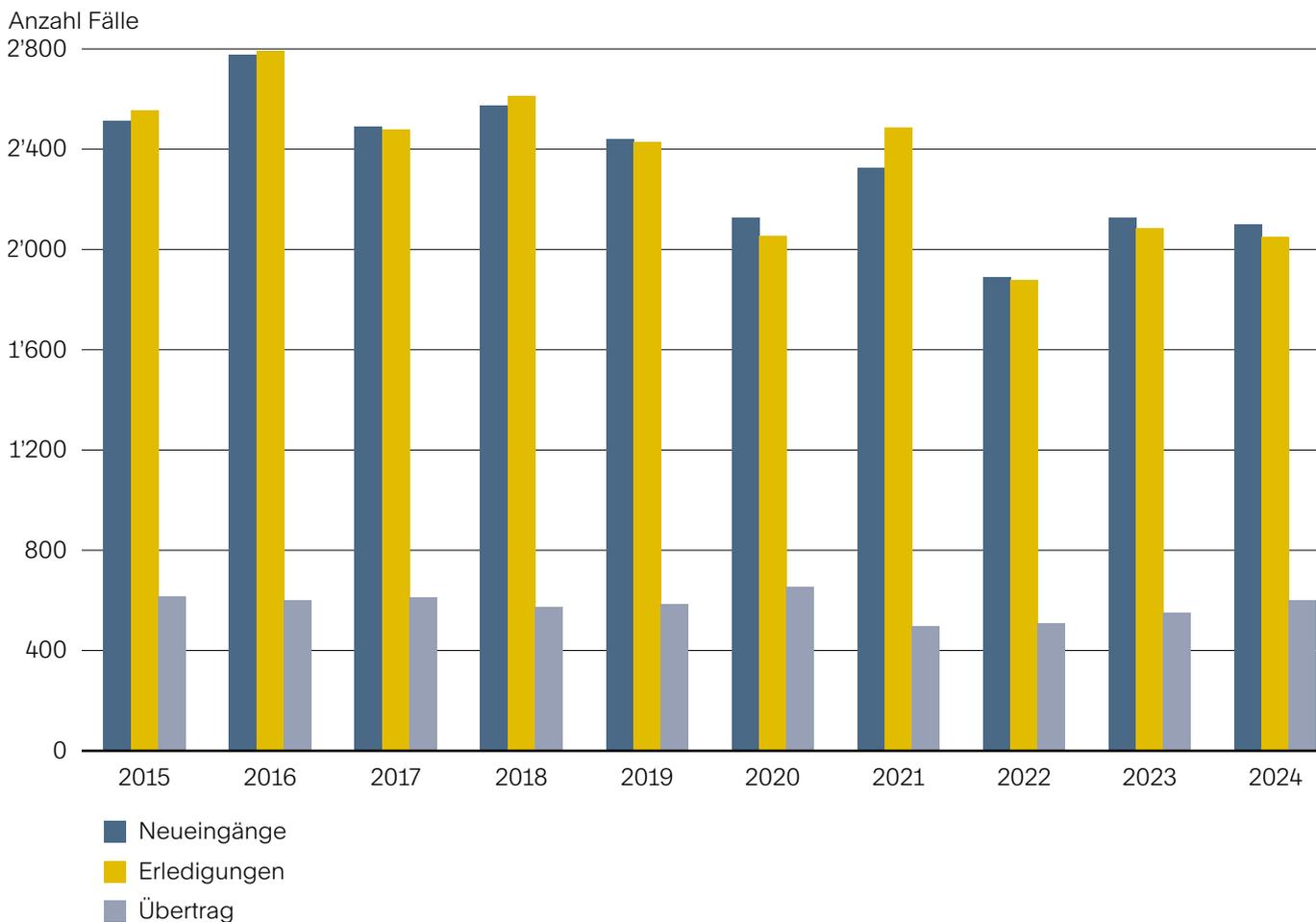
Vereinfachtes Verfahren



6. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Zivilkreisgericht Ost



7. 10-Jahresstatistik Zivilkreisgericht Ost



Steuer- und Enteignungsgericht

I. Abteilung Steuergericht

1. Geschäfte nach Steuerarten

Sachgebiet	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Urteile			Abschreibungen	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidual	Aus- schuss	Kammer			
Direkte Steuern (Kanton/Bund)	39	80	119	12	17	17	22	68	51
Kantonale Sondersteuern	7	37	44	1	3	19	2	25	19
Total Berichtsjahr	46	117	163	13	20	36	24	93	70
Total Vorjahr	41	123	164	26	12	41	39	118	46

2. Art der Erledigung

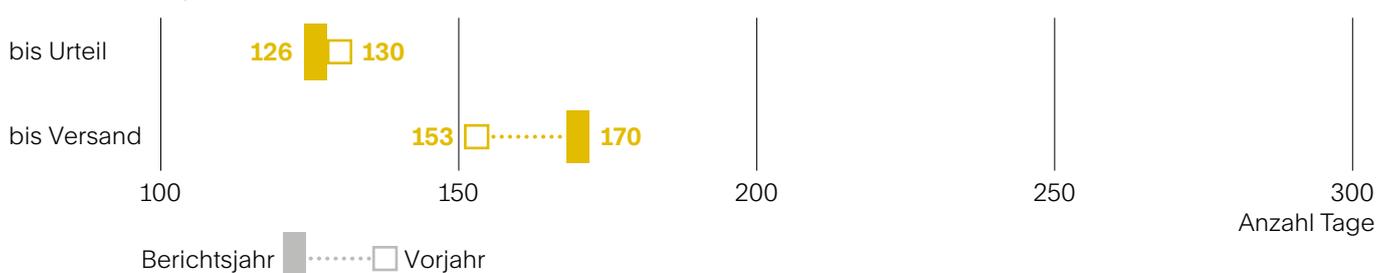
Sachgebiet	Urteile				Abschreibungen				Total erledigt
	Abwei- sung	Gut- heissung	teilweise Gut- heissung	Nicht- eintreten	Rück- weisung	Rückzug	Gegen- standslos	2. Ein- sprache- entscheid	
Direkte Steuern (Kanton/Bund)	15	11	8	6	6	11	11	0	68
Kantonale Sondersteuern	16	5	2	0	0	1	1	0	25
Total Berichtsjahr	31	16	10	6	6	12	12	0	93
Total Vorjahr	33	24	15	6	1	18	21	0	118

3. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen Abteilung Steuergericht

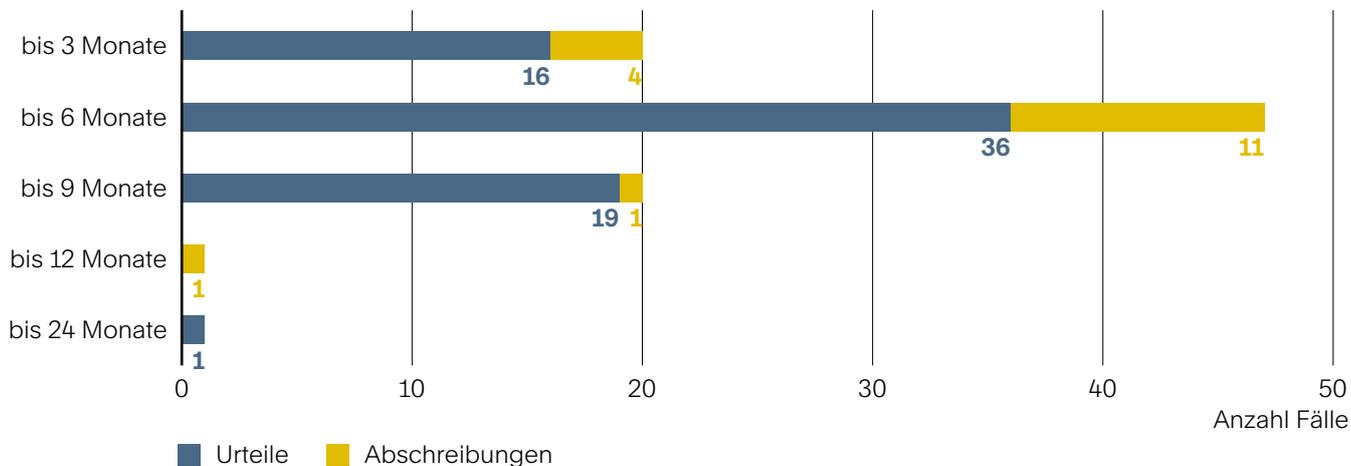
Urteile



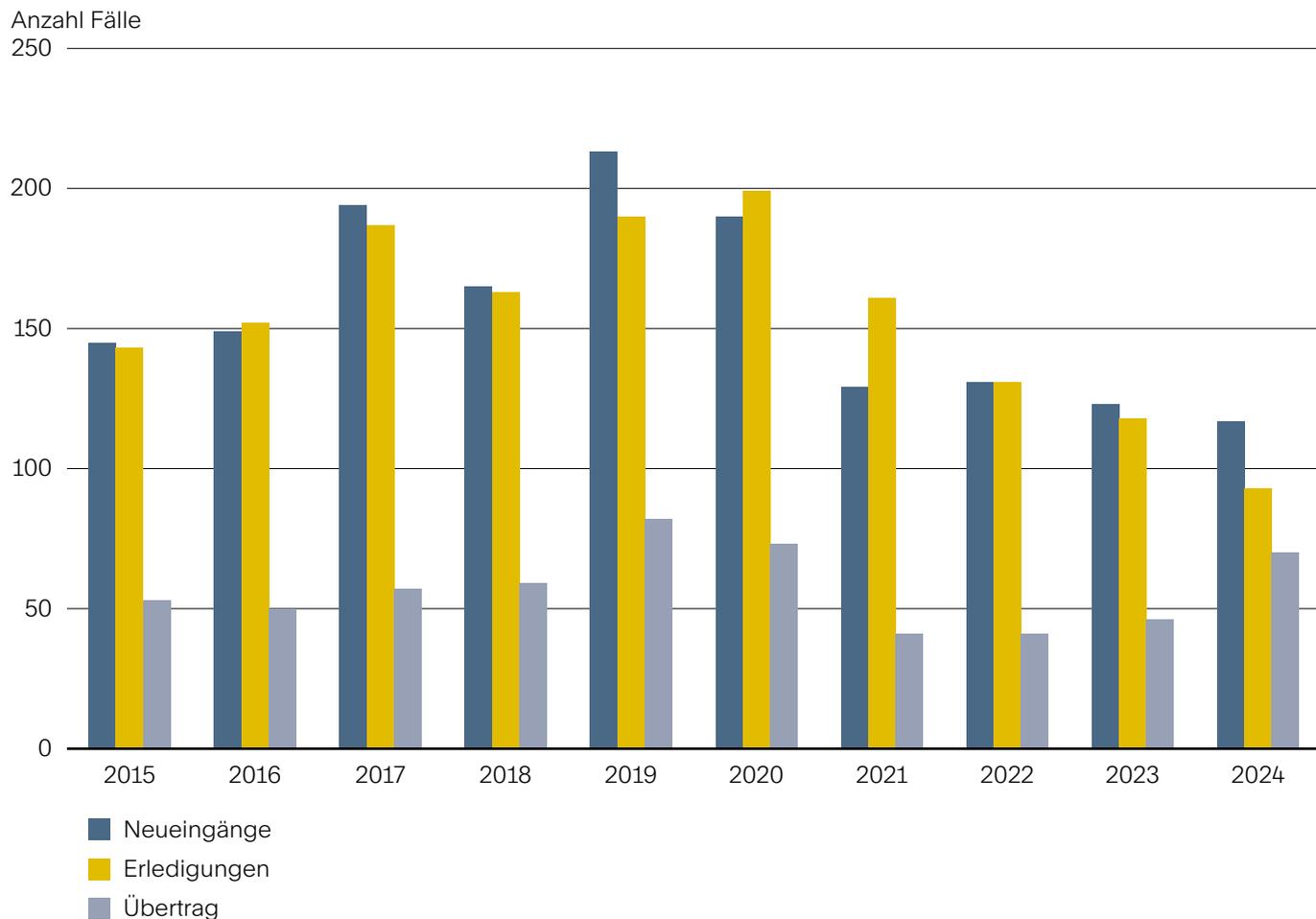
Abschreibungen



4. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Abteilung Steuergericht



5. 10-Jahresstatistik Abteilung Steuergericht



II. Abteilung Enteignungsgericht

1. Geschäfte nach Sachgebieten

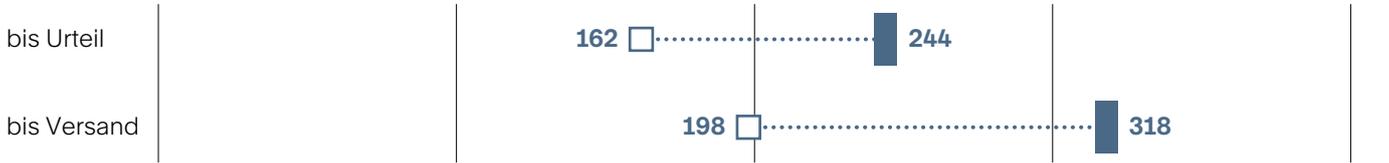
Sachgebiet	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Urteile nach Spruchkörper			Abschrei- bungen	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidual	Dreier- kammer	Fünfer- kammer			
Entscheide über die Art und Höhe der Entschädigung bei formeller und materieller Enteignung	14	5	19	0	0	13	0	13	6
Andere Entscheide betreffend Enteignung (inkl. Erschliessungsabgaben)	47	89	136	27	0	25	54	106	30
Total Berichtsjahr	61	94	155	27	0	38	54	119	36
Total Vorjahr	32	96	128	24	0	10	33	67	61

2. Art der Erledigung

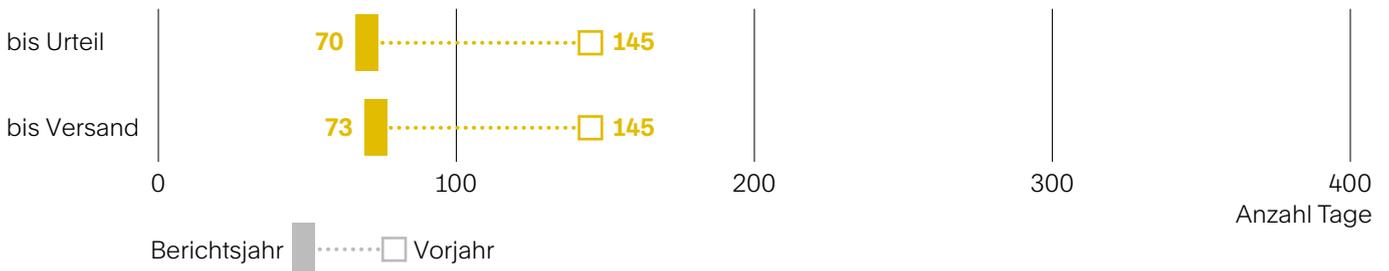
Sachgebiet	Urteile					Abschreibungen				Total erledigt
	Abwei- sung	Gut- heissung	teilweise Gut- heissung	Nicht- eintreten	Rück- weisung	Rückzug	Gegen- standslos	Vergleich	Anerken- nung	
Entscheide über die Art und Höhe der Entschädigung bei formeller und materieller Enteignung	3	10	0	0	0	0	0	0	0	13
Andere Entscheide betreffend Enteignung (inkl. Erschliessungsabgaben)	2	29	0	19	2	28	7	5	14	106
Total Berichtsjahr	5	39	0	19	2	28	7	5	14	119
Total Vorjahr	11	5	6	10	2	16	0	11	6	67

3. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen Abteilung Enteignungsgericht

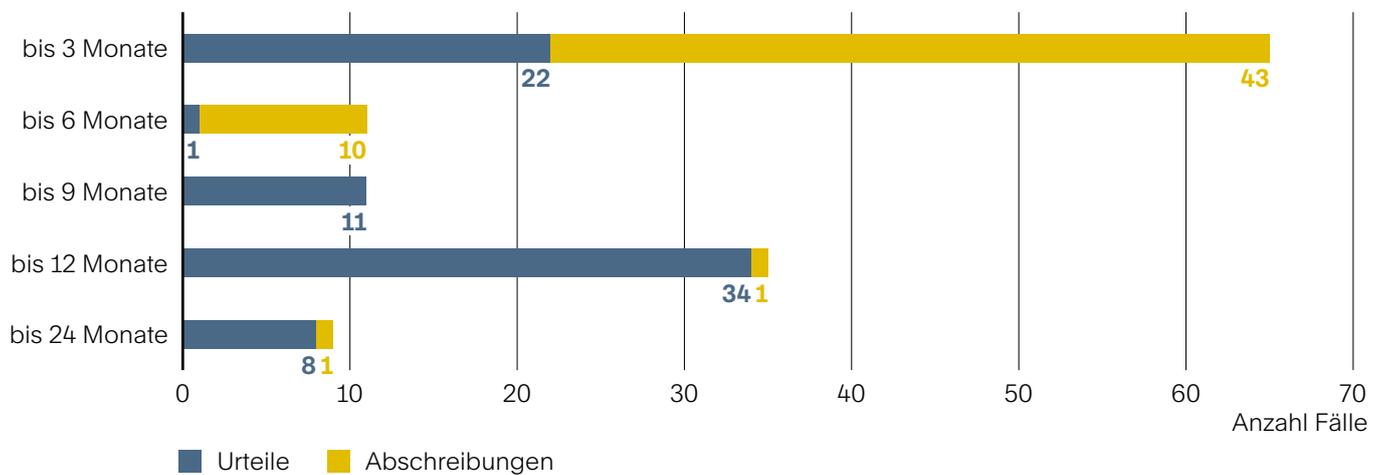
Urteile



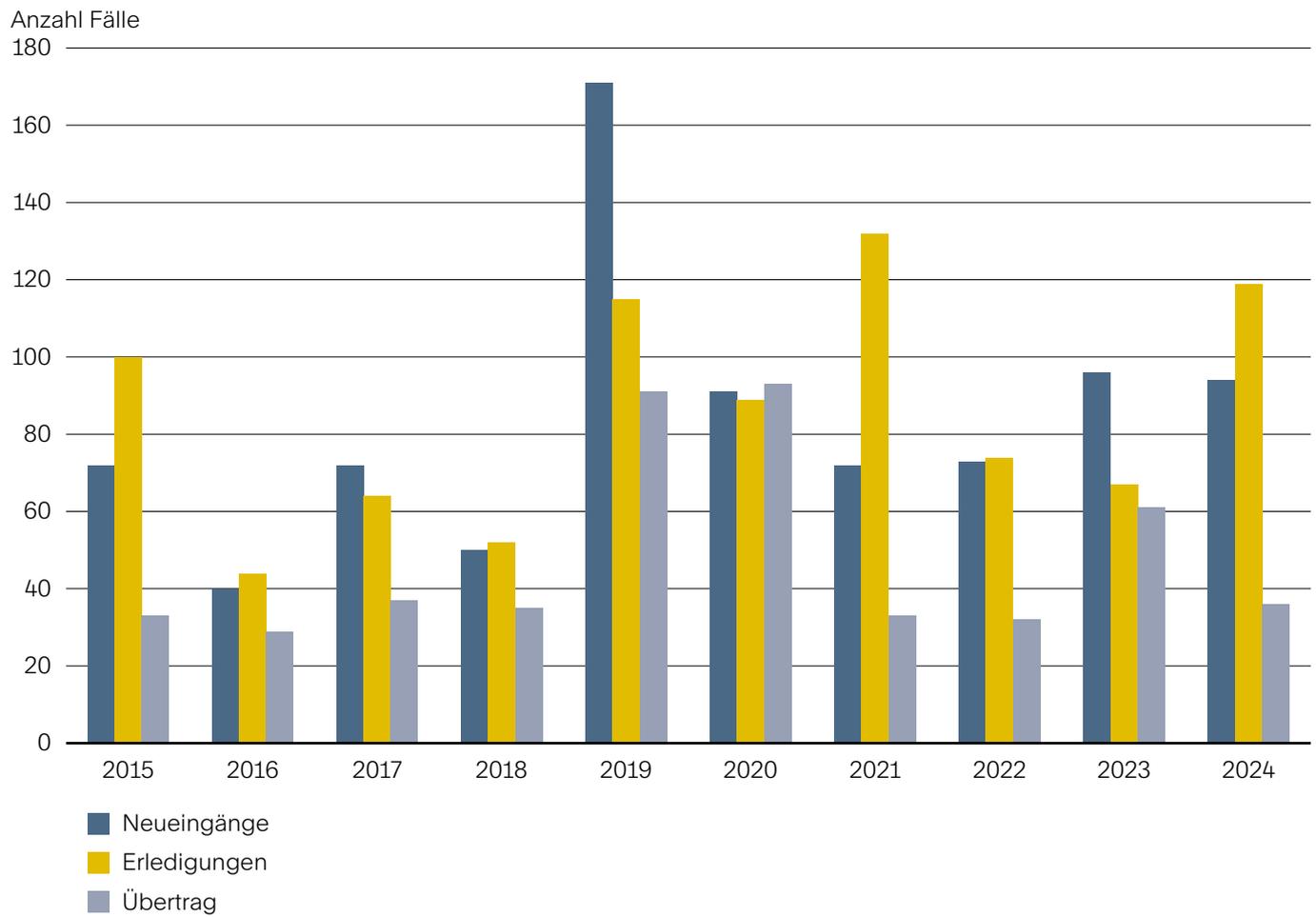
Abschreibungen



4. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Abteilung Enteignungsgericht



5. 10-Jahresstatistik Abteilung Enteignungsgericht



Strafgericht

1. Verfahren nach Personen

Verfahrensart	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen nach Spruchkörper			Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidial	Dreierkammer	Fünferkammer		
Anklagen	169	214	383	101	105	10	216	167
Einsprachen gegen Strafbefehle (Vergehen und Verbrechen)	32	81	113	63	0	0	63	50
Einsprachen gegen Strafbefehle (Übertretungen)	23	95	118	70	0	0	70	48
Abgekürzte Verfahren	3	8	11	4	3	0	7	4
Einsprachen gg. Strafbefehle Gemeinden	1	1	2	1	0	0	1	1
Verschiedenes	0	0	0	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	228	399	627	239	108	10	357	270
Total Vorjahr	222	375	597	243	117	9	369	228

2. Fallkategorie nach Personen

Fallkategorie	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen nach Spruchkörper			Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidial	Dreierkammer	Fünferkammer		
SVG Delikte	37	121	158	92	2	0	94	64
Betäubungsmittelgesetz	10	18	28	4	6	0	10	18
Leib und Leben	32	35	67	24	9	7	40	27
Wirtschaft und Vermögen	110	146	256	70	76	3	149	107
Ehre, Freiheit, Geheimbereich und Familie	6	25	31	16	0	0	16	15
Sexuelle Integrität	19	32	51	16	11	0	27	24
Gemeinschaft, ordre public, Staat	2	10	12	2	2	0	4	8
Fälschungsdelikte	1	2	3	1	0	0	1	2
Diverses, Nebenstrafrecht und Übertretungen	9	10	19	12	2	0	14	5
AIG	2	0	2	2	0	0	2	0
Total Berichtsjahr	228	399	627	239	108	10	357	270
Total Vorjahr	222	375	597	243	117	9	369	228

3. Verfahren nach Herkunft

Herkunft	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
Stawa Allgemeine HA	145	221	366	213	153
Stawa HA BM/OK	21	21	42	22	20
Stawa HA WK	18	18	36	10	26
Stawa HA SB	43	138	181	111	70
Gemeinden	1	1	2	1	1
Eidg. Steuerverwaltung	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	228	399	627	357	270
Total Vorjahr	222	375	597	369	228

4. Involvierte Personen

	Personen	Prozent
männlichen Geschlechts	301	84.31
weiblichen Geschlechts	56	15.69
juristische Personen	0	0
Schweizerbürger/innen	128	35.85
Ausländer/innen	198	55.46
unbekannte Herkunftsländer	31	8.69

4.1 Verfahrensausgang nach Deliktgruppen

Deliktgruppen	Abschreibungen	Freispruch	Verurteilungen								Total
			Umgang von Strafe	Geldbussen alleine (Geldbussen i.V.m. anderen Strafen)		Freiheitsstrafen					
				Geldstrafe ⁶ (Geldstrafe i.V.m. anderen Strafen)	bis 6 Monate	bis 12 Monate	bis 2 Jahre	bis 3 Jahre	über 3 Jahre		
SVG Delikte	5	5	1	56 (19)	23 (19)	0	2	2	0	0	94
Betäubungsmittelgesetz	0	0	0	0 (4)	1 (1)	0	6	3	0	0	10
Strafgesetzbuch											
Leib und Leben	2	12	0	2 (9)	9 (9)	1	8	0	2	4	40
Wirtschaft und Vermögen	1	6	0	3 (42)	28 (15)	11	43	38	9	10	149
Ehre, Freiheit, Geheimbereich und Familie	2	5	0	1 (4)	7 (5)	1	0	0	0	0	16
Sexuelle Integrität	1	3	0	2 (5)	13 (6)	0	3	4	0	1	27
Gemeinschaft, ordre public, Staat	0	0	0	0 (1)	1 (1)	0	3	0	0	0	4
Fälschungsdelikte	0	0	0	0 (1)	1 (1)	0	0	0	0	0	1
Diverses, Nebenstrafrecht und Übertretungen	1	2	0	7 (1)	2 (2)	0	0	1	1	0	14
AIG	0	1	0	0 (0)	0 (0)	1	0	0	0	0	2
Total Berichtsjahr	12	34	1	71 (86)	85 (59)	14	65	48	12	15	357
Total Vorjahr	17	39	4	67 (112)	104 (30)	20	51	52	7	8	369

⁶ Teilweise in Verbindung mit Busse.

4.2 Häusliche Gewalt

Im Berichtsjahr wurden betreffend häusliche Gewalt 6 Personen im Zusammenhang mit der Deliktsgruppe Leib und Leben, 2 Personen betreffend sexuelle Integrität, 2 Personen betreffend Freiheitsdelikt und 1 Person betreffend Fälschungsdelikt beurteilt.

4.3 Haftfälle und Ersatzmassnahmen anstelle von Haft

80 Personen befanden sich in Haft oder im vorzeitigen Straf-/Massnahmenvollzug und 3 Personen unter angeordneter Ersatzmassnahme, als sie beurteilt wurden.

5. Massnahmen und Aufschiebe

Massnahmen während Strafvollzug

- ambulante Behandlung: 3 Personen

Massnahmen im Anschluss an den Strafvollzug

- Verwahrung: 0 Personen

Aufschieb von unbedingten / teilbedingten Freiheitsstrafen zugunsten von Massnahmen

- ambulante Behandlung: 2 Personen
- stationäre Behandlung: 2 Personen

Massnahmen bei Schuldunfähigkeit

- ambulante Behandlung: 1 Person
- stationäre Behandlung: 4 Personen

6. Andere Massnahmen

- Tätigkeitsverbot, Kontaktverbot, Rayonverbot: 13 Personen
- Fahrverbot: 0 Personen
- Einziehungen von Vermögenswerten: 8 Personen
- Ersatzforderung: 3 Personen

Landesverweisung	Obligatorisch	Nichtobligatorisch	Total
3 Jahre	0	0	0
4 Jahre	0	0	0
5 Jahre	23	0	23
6 Jahre	6	0	6
7 Jahre	21	0	21
8 Jahre	10	0	10
9 Jahre	1	0	1
10 Jahre	10	0	10
12 Jahre	2	0	2
15 Jahre	1	0	1
19 Jahre	0	0	0
20 Jahre	7	0	7
Total Berichtsjahr	81	0	81
Total Vorjahr	63	0	63

In 23 Fällen obligatorischer Landesverweisung wurde ein Härtefall angenommen. Betreffend die obengenannten Entscheide wurde in 18 Fällen Berufung angemeldet (16 Mal gegen den Entscheid der obligatorischen Landesverweisung und 2 Mal gegen den Entscheid eines Härtefalls).
Stand 31.12.2024

7. Vollzug

Bedingter, teilbedingter und unbedingter Vollzug

Von den gesamthaft 105 zu Geldstrafen verurteilten Personen erhielten 83 Personen (79.05%) den bedingten Vollzug zugebilligt.

Insgesamt wurden 151 Freiheitsstrafen ausgesprochen, 79 Personen (52.32%) erhielten den bedingten Vollzug, 8 Personen (5.30%) den teilbedingten Vollzug und 64 Personen (42.38%) wurden zu unbedingten Strafen verurteilt.

Bewährungshilfe und Weisungen

Bei 6 Personen wurde Bewährungshilfe angeordnet. Es wurden bei 6 Personen Weisungen erteilt.

- Anordnung bzw. Weiterführung ambulanter Behandlungen: 1
- Andere: 5

8. Vollstreckungsverfahren

Im Zusammenhang mit neuen Verurteilungen musste auch über die Frage des Widerrufs des bedingten Strafvollzugs bei Rückfällen innerhalb der Probezeit entschieden werden.

- Bei 16 Personen wurden Vorstrafen widerrufen.
- Bei 25 Personen wurde auf den Widerruf ohne Auflagen verzichtet.

9. Dispensations- und Abwesenheitsverfahren

Von der Verpflichtung zum Erscheinen zur Hauptverhandlung wurden 8 Personen entbunden.

8 Personen mussten in Abwesenheit beurteilt werden.

10. Neubeurteilungen

Es musste über keine Neubeurteilung entschieden werden.

11. Selbständige nachträgliche Entscheide

Anträge	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen nach Spruchkörper			Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidial	Dreier- kammer	Fünfer- kammer		
Kostenerlass	3	11	14	12	0	0	12	2
Anordnung Ersatzfreiheitsstrafe	1	4	5	5	0	0	5	0
Sanktionsanpassung bei Geldstrafe / Busse gem. Art. 36 Abs. 3 StGB	0	0	0	0	0	0	0	0
Umwandlung Gemein- nützige Arbeit in Geld- strafe / Freiheitsstrafe / Busse	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewährungshilfe / Wei- sungen gem. Art. 95 StGB	0	1	1	1	0	0	1	0
Verlängerung Massnahme	1	3	4	0	3	0	3	1
Abänderung Mass- nahme / Verwahrung	1	0	1	0	1	0	1	0
Rückversetzung / Auf- hebung / Überprüfung / Antrag Massnahme / Verwahrung	0	1	1	1	0	0	1	0
Verlängerung Probezeit bei bed. Entlassung aus Massnahme	0	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlung Honorar amtliche Verteidigung / unentgeltliche Rechtspflege	2	7	9	7	0	0	7	2
Antrag auf Abänderung bzw. Ergänzung des Entscheids	0	1	1	0	0	0	0	1
Diversa	1	8	9	6	1	0	7	2
Total Berichtsjahr	9	36	45	32	5	0	37	8
Total Vorjahr	9	85	94	72	13	0	85	9

12. Berufungen und Beschwerden

Bei 83 Personen (23.25% von gesamthaft 357) erfolgte der Weiterzug des erstinstanzlichen Urteils an das Kantonsgericht. 54 Beurteilte meldeten Berufung an. Von der Staatsanwaltschaft erfolgten 21 Berufungsanmeldungen (12-mal überschneidend mit der beurteilten Person sowie 4-mal überschneidend mit der Privatklägerschaft). 17 Mal wurde durch eine Privatklägerschaft Berufung angemeldet (3-mal überschneidend mit der beurteilten Person sowie 4-mal überschneidend mit der Staatsanwaltschaft). Im Weiteren wurden 5 angemeldete Berufungen noch vor Weiterzug an das Kantonsgericht zurückgezogen.

Es wurden 4 Beschwerden gegen verfahrensleitende Entscheide eingereicht.

Gegen 6 verfahrensabschliessende Entscheide wurde Beschwerde eingereicht

13. Anzahl und Dauer der Sitzungen/Verhandlungen

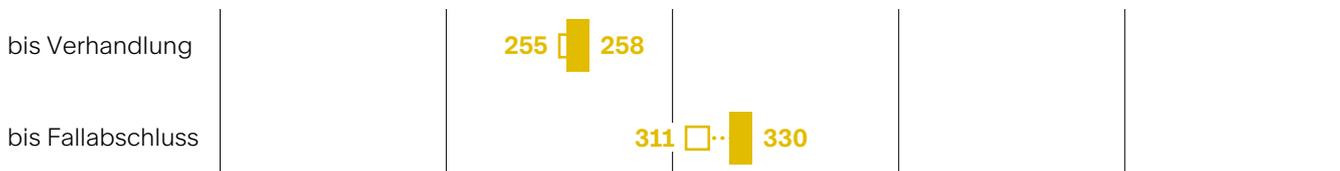
Zuständigkeit	Anzahl Sitzungen	Sitzungsdauer (Std:Min)
Präsidial	-	471:48
Dreierkammer	-	914:38
Fünferkammer	-	258:11
Total Berichtsjahr	324	1'644:37
Total Vorjahr	418	1'530:28

14. Durchschnittliche Verfahrensdauer Strafgericht (in Tagen)

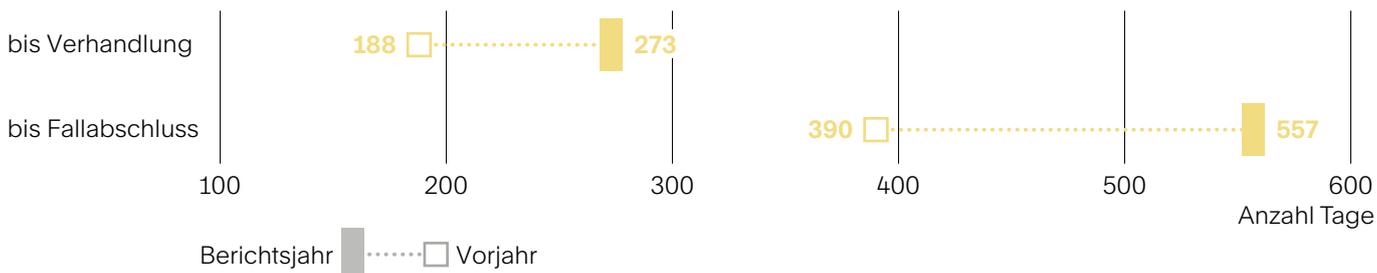
Präsidial



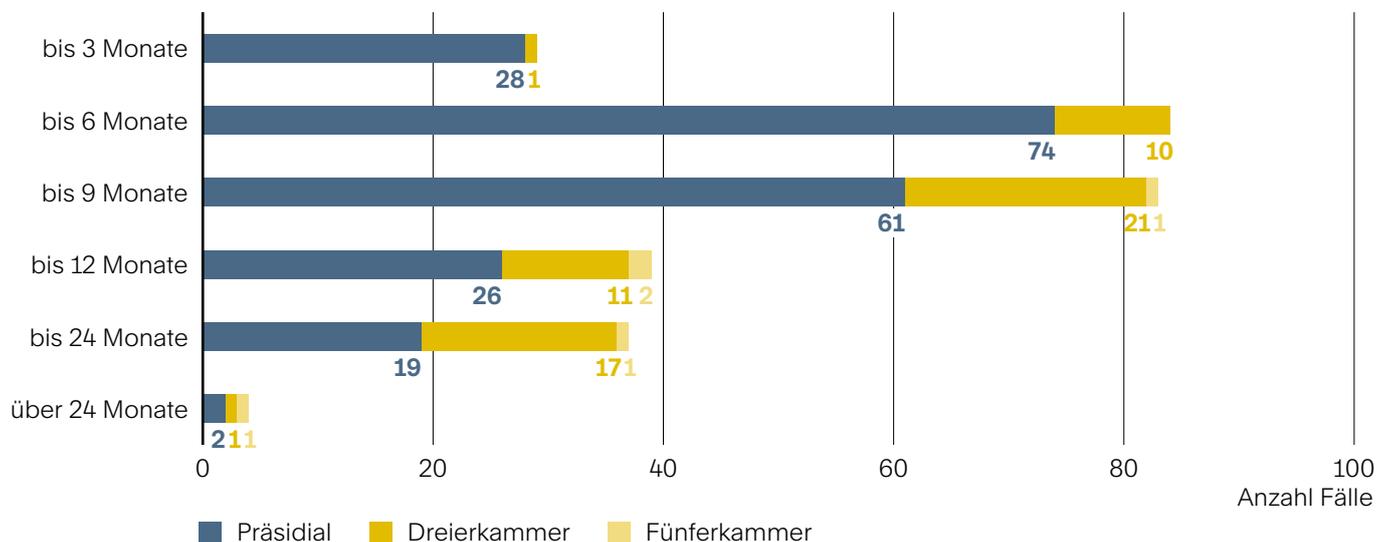
Dreierkammer



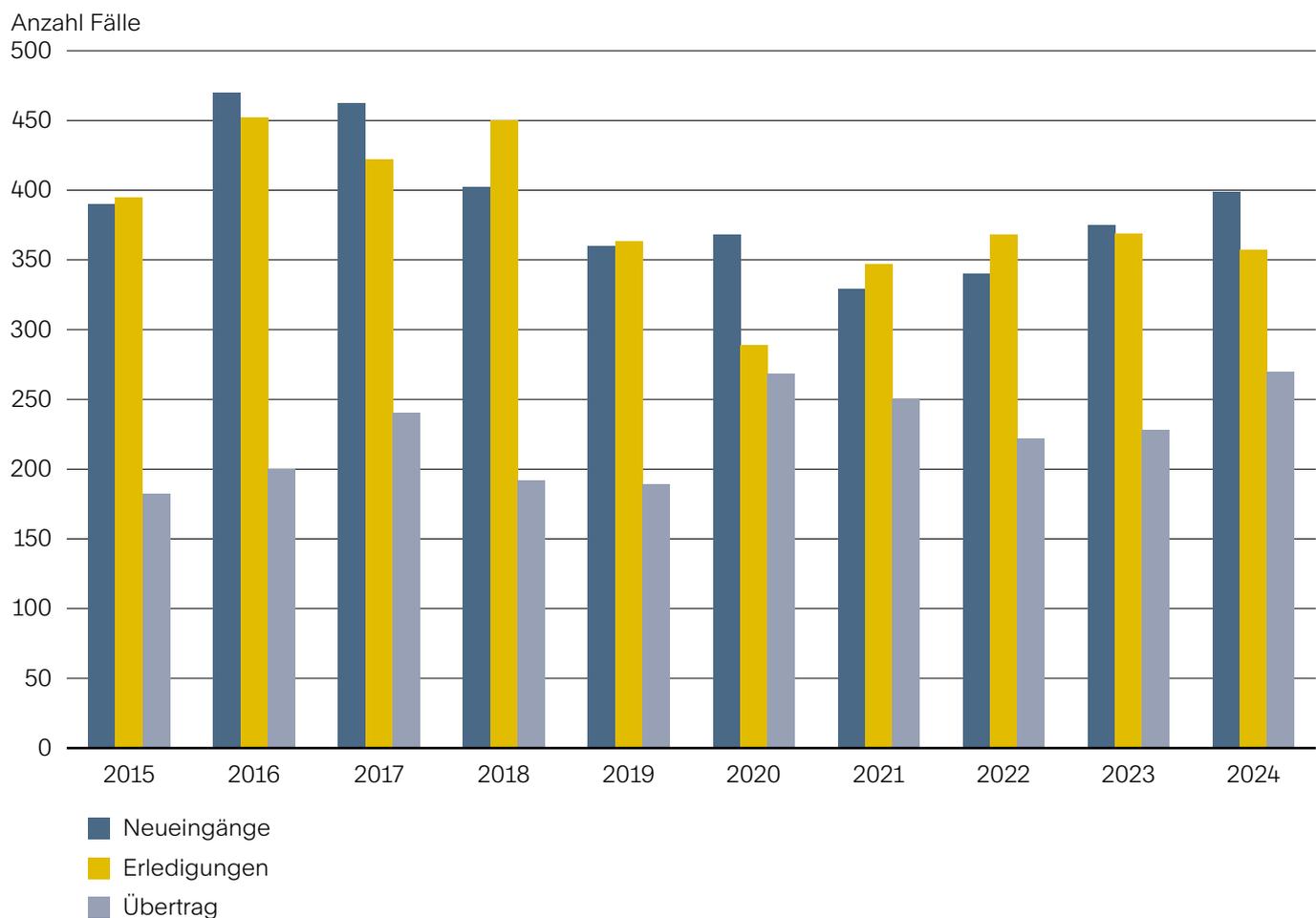
Fünferkammer



15. Verfahrensdauer nach Zeitblöcken Strafgericht



16. 10-Jahresstatistik Strafgericht



Jugendgericht

1. Personen nach Herkunft

Herkunft	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen	Übertrag auf Folgejahr
Anklagen Jugendanwaltschaft	1	3	4	3	1
Einsprachen gegen Entscheide Jugendanwaltschaft	1	0	1	1	0
Diverses	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	2	3	5	4	1
Total Vorjahr	1	6	7	5	2

2. Fallkategorie nach Personen

Fallkategorie	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen nach Spruchkörper		Total erledigt	Übertrag auf Folgejahr
				Präsidial	Dreierkammer		
SVG Delikte	0	0	0	0	0	0	0
Betäubungsmittelgesetz	0	0	0	0	0	0	0
Leib und Leben	2	0	2	0	2	2	0
Wirtschaft und Vermögen	0	3	3	0	2	2	1
Ehre, Freiheit, Geheimbereich und Familie	0	0	0	0	0	0	0
Sexuelle Integrität	0	0	0	0	0	0	0
Gemeinschaft, ordre public, Staat	0	0	0	0	0	0	0
Fälschungsdelikte	0	0	0	0	0	0	0
Diverses, Nebenstrafrecht und Übertretungen	0	0	0	0	0	0	0
AIG	0	0	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	2	3	5	0	4	4	1
Total Vorjahr	1	6	7	0	5	5	2

3. Involvierte Jugendliche

	Jugendliche	Prozent
männlichen Geschlechts	3	75
weiblichen Geschlechts	1	25
Schweizerbürger/innen	2	50
Ausländer/innen	2	50

4. Verfahrensausgang nach Personen

	Personen
Freispruch	0
Unterbringung (mit ambulanter Behandlung) mit Aufschub unbedingte Freiheitsstrafe, persönliche Leistung	1
Persönliche Leistung	3
Total Berichtsjahr	4
Total Vorjahr	5

5. Selbständige nachträgliche Entscheide

keine

6. Diversa-Geschäfte

keine

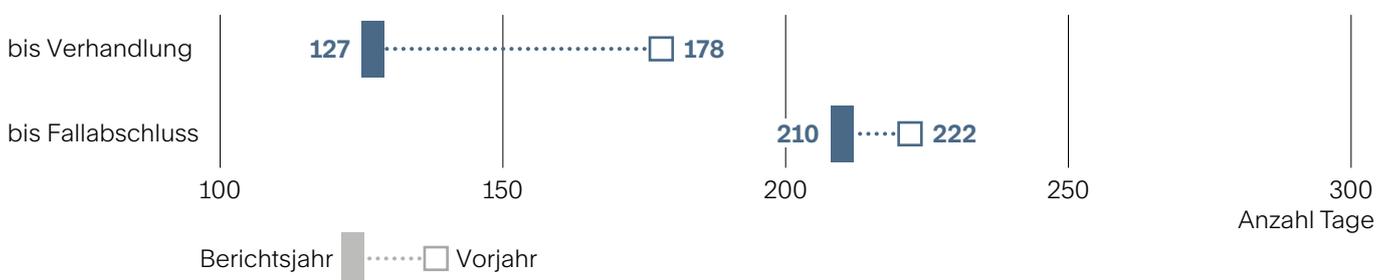
7. Berufungen und Beschwerden

keine

8. Sitzungen

Insgesamt fanden 2 Sitzungen und 1 Kurzsitzung statt.
Die Sitzungsdauer betrug total 11 Stunden und 25 Minuten.

9. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Tagen



Zwangsmassnahmengericht

1. Geschäfte nach Verfahrensart

Verfahrensart	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Erledigungen	Übertrag auf Folgejahr
Haftfälle (strafprozessual) ⁷	7	391	398	394	4
Vollzugsrechtliche Sicherheitshaft	0	4	4	4	0
Geheime Überwachungsmassnahmen	0	175	175	170	5
Entsiegelungen	3	48	51	45	6
Diverses	2	16	18	16	2
Total Berichtsjahr	12	634	646	629	17
Total Vorjahr	9	512	521	509	12

⁷ Beinhaltet Anordnung und Verlängerung von Untersuchungshaft, Haftentlassungsgesuch bei Untersuchungshaft, Anordnung von Sicherheitshaft bei Untersuchungshaft und ohne vorbestehende Untersuchungshaft, Verlängerung der Sicherheitshaft, Haftentlassungsgesuch bei Sicherheitshaft, Verlängerung Untersuchungshaft von Jugendlichen, Nichtgenehmigung freier Verkehr mit der Rechtsanwaltschaft in Haft.

2. Art der Erledigungen

Verfahren	Gut- heissung	teilweise Gut- heissung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Abschrei- bung	Abtre- tungen	Total erledigt
Haftfälle	165	107	51	0	17	0	340
Anordnung der Untersuchungshaft	68	73	8	0	0	0	149
Verlängerung der Untersuchungshaft	57	32	11	0	6	0	106
Anordnung der Sicherheitshaft ⁸	26	1	0	0	2	0	29
Verschiedenes ⁹	14	1	32	0	9	0	56
Ersatzmassnahmen anstelle von Haft	50	1	1	1	1	0	54
Anordnung von Ersatzmassnahmen	24	0	0	0	0	0	24
Verlängerung von Ersatzmassnahmen	25	1	1	0	1	0	28
Änderung/Aufhebung Ersatzmassnahmen	1	0	0	1	0	0	2
Vollzugsrechtliche Sicherheitshaft	3	0	0	0	1	0	4
Geheime Überwachungsmaßnahmen	154	11	1	2	2	0	170
Aktive Überwachungen Beschuldigte	3	0	0	0	1	0	4
Aktive Überwachungen Dritter	4	0	0	0	0	0	4
Rück-ID Beschuldigte	47	5	0	0	0	0	52
Rück-ID Dritter	14	4	0	0	0	0	18
Zufallsfunde	26	0	0	0	1	0	27
Notsuche aktiv und rückwirkend	13	1	0	0	0	0	14
Verdeckte Überwachung (technische Mittel)	43	0	0	0	0	0	43
Verschiedenes ¹⁰	4	1	1	2	0	0	8
Überprüfung Polizeigewahrsam ¹¹	0	0	0	0	0	0	0
Diverses	15	15	0	1	28	2	61
Entsiegelungen	10	15	0	1	19	0	45
Gesuch Anonymität Dolmetscher	0	0	0	0	0	0	0
Verschiedenes ¹²	5	0	0	0	9	2	16
Total Berichts-jahr	387	134	53	4	49	2	629
Total Vorjahr	319	115	48	0	27	0	509

⁸ Bei vorbestehender Untersuchungshaft.

⁹ Darunter werden fünf weitere Unterkategorien zusammengefasst (insbesondere Haftentlassungsgesuch U-Haft, Anordnung Sicherheitshaft ohne U-Haft, Verlängerung Sicherheitshaft, Haftentlassungsgesuch Sicherheitshaft und Nichtgenehmigung freier Verkehr mit RA in Haft).

¹⁰ Darunter werden zwölf weitere Unterkategorien zusammengefasst (insbesondere Rahmenbewilligung, monatlicher Bericht Rahmenbewilligung, verdeckte Ermittlung, Überwachung Bankbeziehungen, Verzicht Mitteilung TK, Verzicht Mitteilung verdeckte Ermittlung, Verzicht Mitteilung verdeckte Überwachung (techn. Mittel), Überwachung Berufsgeheimnisträger, Postüberwachung (Beschuldigter und Drittperson), Verdeckte Fahndung, Besondere technische Überwachungsgeräte (269bis) und Besondere Informatikprogramme (269ter)).

¹¹ Bei Gewalt an Sportveranstaltungen.

¹² Darunter werden sechs Unterkategorien zusammengefasst. (insbesondere DNA-Massenuntersuchung, Verlängerung Löschung VICLAS, Anordnung stat. Begutachtung ohne U-Haft, Diverses, präventive Observation (PoIG) und Beschwerde Anordnung U-Haft Juga).

3. Art der Erledigungen nach Herkunft (Auszug)

Anordnung der Untersuchungshaft

Herkunft	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Abweisung	Nicht-eintreten	Abschreibung	Total erledigt
Stawa Allgemeine HA	57	64	6	0	0	127
Stawa HA BM/OK	11	9	2	0	0	22
Stawa HA WK	0	0	0	0	0	0
Stawa HA Strafbefehle	0	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	68	73	8	0	0	149
Total Vorjahr	55	58	16	0	0	129

Verlängerung der Untersuchungshaft

Herkunft	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Abweisung	Nicht-eintreten	Abschreibung	Total erledigt
Stawa Allgemeine HA	43	24	8	0	6	81
Stawa HA BM/OK	10	8	2	0	0	20
Stawa HA WK	0	0	0	0	0	0
Stawa HA Strafbefehle	0	0	0	0	0	0
Strafgericht	0	0	0	0	0	0
Jugendanwaltschaft ¹³	4	0	1	0	0	5
Total Berichtsjahr	57	32	11	0	6	106
Total Vorjahr	67	11	6	0	7	91

¹³ ZMG nur für Verlängerung zuständig (nicht für Anordnung).

Anordnung der Sicherheitshaft bei vorbestehender Untersuchungshaft

Herkunft	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Abweisung	Nicht-eintreten	Abschreibung	Total erledigt
Stawa Allgemeine HA	25	1	0	0	2	28
Stawa HA BM/OK	1	0	0	0	0	1
Stawa HA WK	0	0	0	0	0	0
Stawa HA Strafbefehle	0	0	0	0	0	0
Total Berichtsjahr	26	1	0	0	2	29
Total Vorjahr	22	2	1	0	1	26

Anordnung von Ersatzmassnahmen

Herkunft	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Abweisung	Nicht- eintreten	Abschrei- bung	Total erledigt
Stawa Allgemeine HA	20	0	0	0	0	20
Stawa HA BM/OK	2	0	0	0	0	2
Stawa HA WK	0	0	0	0	0	0
Jugendanwaltschaft	0	0	0	0	0	0
Strafgericht	2	0	0	0	0	2
Total Berichtsjahr	24	0	0	0	0	24
Total Vorjahr	17	3	0	0	0	20

Geheime Überwachungsmassnahmen

Herkunft	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Abweisung	Nicht- eintreten	Abschrei- bung	Total erledigt
Stawa Allgemeine HA	20	2	0	0	0	22
Stawa HA BM/OK	115	7	1	2	2	127
Stawa HA WK	0	0	0	0	0	0
Stawa HA Strafbefehle	3	0	0	0	0	3
Jugendanwaltschaft	2	0	0	0	0	2
Polizei BL	14	2	0	0	0	16
Total Berichtsjahr	154	11	1	2	2	170
Total Vorjahr	106	1	8	0	1	116

4. Anzahl und Dauer der Verhandlungen

Zuständigkeit	Anzahl Sitzungen	Sitzungsdauer (Std:Min)
Präsidium	157	151:00
Total Berichtsjahr	157	151:00
Total Vorjahr	139	149:00

Friedensrichterinnen und Friedensrichter

Friedens- richterkreis	Übertrag aus Vorjahr	Eingang	Total hängig	Ver- gleiche	Klage- bewilli- gungen	ange- nommene Urteils- vorschläge	Entschei- de im Dispositiv eröffnet	Entscheide schriftlich begründet	andere Erledi- gungen	Übertrag auf Folgejahr	definitiv erledigt vor Friedens- richteramt
1. Aesch	1	28	29	6	13	0	0	0	8	2	14
2. Reinach	4	40	44	6	19	0	1	0	7	11	14
3. Allschwil	7	36	43	8	14	1	0	0	14	6	23
4. Binningen	6	30	36	0	11	0	0	1	6	18	7
5. Arlesheim	14	51	65	14	22	2	1	1	18	7	36
6. Birsfelden	11	50	61	8	20	1	0	0	10	22	19
7. Oberwil	11	37	48	9	12	2	0	2	12	11	25
8. Laufen	12	37	49	17	17	0	0	1	4	10	22
9. Liestal	7	45	52	7	24	3	1	2	7	8	20
10. Bubendorf	2	8	10	3	3	0	0	0	1	3	4
11. Frenkendorf	3	19	22	3	7	0	0	2	5	5	10
12. Pratteln	13	7	20	5	10	0	0	0	1	4	6
13. Sissach	6	37	43	9	13	1	1	0	9	10	20
14. Gelterkinden	3	18	21	2	8	1	1	0	2	7	6
15. Waldenburg	3	24	27	6	15	1	0	0	3	2	10
Total Berichtsjahr	103	467	570	103	208	12	5	9	107	126	236
Total Vorjahr	101	534	635	147	245	14	15	8	103	103	287





C

Anhang

Personalstatistik

Gericht	Anzahl MA (ohne neben- amtliche Richter/innen und Volontär/innen)		Stellen	durchschnittlicher Beschäftigungsgrad		durchschnittlicher Beschäftigungsgrad Teilzeitstellen	
	Frauen	Männer		Frauen	Männer	Frauen	Männer
Kantonsgericht (inkl. Gerichtsverwaltung)	41	29	54.6	70.0	89.3	65.8	77.9
Strafgericht	19	20	35.0	83.9	95.3	74.6	81.0
Steuer- und Enteignungsgericht	5	4	5.8	56.0	75.0	56.0	50.0
Zivilkreisgericht BL West	21	9	23.5	73.3	90.0	67.1	85.0
Zivilkreisgericht BL Ost	12	5	12.5	72.1	77.0	66.5	61.7
Total	165	131.4	131.4	79.6	79.6	69.5	69.5

Personalbestand der Gerichte per 31. Dezember 2024 (Stichtag)

Verzeichnis der Präsidien, der Richter/innen und der Mitarbeitenden

Gerichtsleitung

Gerichtskonferenz

Präsidium	Hofmann Roland
Vizepräsidium	Rosa Enrico
Mitglieder	Afheldt Susanne (ab 01.08.2024) Baltzer-Bader Christine (bis 31.07.2024) Brodbeck Peter Corvini Ivo Eglin Dieter Freiburghaus Dieter Gass Stephan Ivanov Daniel Keller Sibylle Linder Andreas Preiswerk Franziska Spindler Christoph Stebler Joel Vollenweider Doris
Gerichtsverwalter	Leber Martin
Leiterin Rechtsdienst/HR/ Kommunikation	Reidemeister Julia

Geschäftsleitung der Gerichte

Präsidium	Hofmann Roland (30%) ¹
Vizepräsidium	Rosa Enrico
Mitglieder	Corvini Ivo Preiswerk Franziska Vollenweider Doris
Ersatzmitglied Erstinstanz	Brodbeck Peter
Gerichtsverwalter	Leber Martin
Leiterin Rechtsdienst/HR/ Kommunikation	Reidemeister Julia

¹ Das Pensum wurde im Geschäftsjahr befristet angepasst. Siehe LRV Nr. 546 vom 16.05.2024.

Gerichtsverwaltung

Gerichtsverwalter	Leber Martin
Sekretariat	Dätwyler Dorli
Leiterin Rechtsdienst / HR / Kommunikation	Reidemeister Julia
Projektleiter DTG	Sterr Christian
HR-Beratung	Balmer Rebekka
HR-Assistenz	Ademi Mergiana
Leiter Digitale Dienste	Mende Christian
IT-Beauftragter	Berndt Patrick
Applikations- und Servicemanagerin	Campanini Katrin
IT-Mitarbeiter	Kistella Krzysztof
Leiter Finanzdienst	Stebler Hans-Peter
Finanzen	Bachmann Anita Haffter Alicia Isler Sevinc
Gerichtsweibelinnen	Stucki Claudia Scherrer Ruth Tschudin Gabriela

Kantonsgericht

Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Präsidium	Preiswerk Franziska
Vizepräsidium	Ivanov Daniel
Mitglieder	Clausen Markus Dettwiler Ana Furer Hans Ruckstuhl Niklaus Schulthess Stefan
Gerichtsschreiber/innen	Diolaiutti Elena Droeser Nathalie Jaisli Sandro Kempfert Julia Michel Martin Schlecht Stephanie Suter Stefan Wehren Marius
Leitung Kanzlei	Bättig Helene
Stv. Leitung Kanzlei	Gysin Susanna
Kanzlei	Egger Irene

Abteilung Zivilrecht

Präsidien	Afheldt Susanne (70%, ab 01.08.2024) Baltzer-Bader Christine (70%, bis 31.07.2024) Hofmann Roland (60%)
Vizepräsidium	Jermann Richterich Barbara
Mitglied	Spitz Philippe
Leitender Gerichtsschreiber	Clavadetscher Rageth
Gerichtsschreiber/innen	Di Marco Giuseppe Schneider Nicole Wiesner Karin
Leitung Kanzlei	Zumbach Margitta
Stv. Leitung Kanzlei	Abbadia Vincenzo
Kanzlei	Schäfer Sandra Sommer Barbara

Abteilung Sozialversicherungsrecht

Präsiden	Freiburghaus Dieter (60%) Vollenweider Doris (70%)
Vizepräsidium	Enderle Christof
Mitglieder	Berger Götz Elisabeth (bis 30.06.2024) Blattner Andreas (ab 01.07.2024) Hersberger Beat Jermann Jgnaz Noll Daniel Pulver Jürg
Leitender Gerichtsschreiber	Schäfer Markus
Gerichtsschreiber/innen	Acrémann Pascal Campell Margit Gerber Tina Gfeller Daniel Markiewicz Christina Paukner Stephan Vögtli Barbara Wagner Katja Wartenweiler Gisela
Co-Leitung Kanzlei	Hofer Doris Wüthrich Christian
Kanzlei	Gessler Iris Koller Esther Waldner Nicole

Abteilung Strafrecht

Präsiden	Eglin Dieter Rosa Enrico
Vizepräsidien	Gass Stephan Hungerbühler Lea
Mitglieder	Afeldt Susanne (bis 31.07.2024) Häring Daniel Hess Helena Schibli Isabella (ab 31.10.2024) Steiner Dominique
Leitende Gerichtsschreiberin	Illgen Manuela
Gerichtsschreiber/innen	Comment Pierre Dillena Anja Haffter Dominik Jenal Florian Keller Ilona Kirchmayr Christian Knechtli Katja Neumann Pascal Smith Bryan Steinemann Stefan
Leitung Kanzlei	Zumbach Margitta
Stv. Leitung Kanzlei	Abbadia Vincenzo
Kanzlei	Schäfer Sandra Sommer Barbara

Erstinstanzliche Gerichte

Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West

Kammer I

Präsidium	Linder Andreas
Vizepräsidium	Gürtler Kathrin
Mitglied	Hermann Johannes

Kammer II

Präsidium	Zweifel Hansruedi (80%)
Vizepräsidium	Styk Kohlhaas Suzanne
Mitglieder	Catak Kanber Irem

Kammer III

Präsidium	Speiser Susanne
Vizepräsidium	Scheuner Daniel
Mitglieder	Spiess Fabia Zimmerli Matthias

Kammer IV

Präsidium	Guillod Sarah
Vizepräsidium	Friedli-Schuler Cornelia
Mitglied	Rem Hans

Kammer V

Präsidium	Waldmeier Thomas (90%)
Vizepräsidium	Schneeberger Tanja
Mitglieder	Lutiger Sibylle Scholer Daniel
Leitende Gerichtsschreiberin	Oettli Barcelo Isabelle
Stellvertretung	Burger Annette
Gerichtsschreiber/innen	Boppart Bettina Ertan Kaan Keller Tomie Klär Christian Knupp Sarah Migliazza Daniela Pini Nadja Stoll Sabrina Suter Jeannette Vogel Corinne von Salis Tessa
Leitung Kanzlei	Kocher Tim (ab 01.03.2024)
Stv. Leitung Kanzlei	vakant
Kanzlei	Berger Marco Buchmann Yvonne Fischlewitz Marcel Häfelfinger Mirjam Roser Nadine von Gunten Laurence Welti Claudia Wipfler André
Gerichtsweibelin	Ryhiner Sabine

Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost

Präsiden	Arber Karin (60%) ² Brodbeck Peter (80%) Grasarevic Perica (80%) ² Krumm Sara (60%)
Vizepräsidien	Stebler Joel Wissler Ildiko
Mitglieder	Barblan Flurina Brand Irmgard Hartmann Marlies Kremniczky Erika Spiess Hans-Urs Wyss Damian
Leitende/r Gerichtsschreiber/in	Brand Irmgard Wolf Stephan
Gerichtsschreiber/innen	Da Silva Pina Christian Obrist Joëlle Reichenstein Martina Stern-Altenbach Judith Zehnder Andreas
Leitung Kanzlei	Di Benedetto Rosa
Stv. Leitung Kanzlei	Strauch Simone
Kanzlei	Füllemann Doris Leuenberger Carmen Soland Eveline Suter Tanja
Buchhaltung/Gerichtsweibelin	Gysin Beatrix

² Das Pensum wurde im Geschäftsjahr 2024 befristet angepasst. Siehe LRV Nr. 836 vom 28.11.2024.

Steuer- und Enteignungsgericht

Abteilung Steuergericht

Präsidium	Zähndler Aimo Jan (50%)
Vizepräsidium	Schneider Laurenz
Mitglieder	Angehrn Michael Felix Jörg Kubli Linda Richner Robert Schmid Stefan Steiner Heiko Zeller Markus

Abteilung Enteignungsgericht

Präsidium	Corvini Ivo (50%)
Vizepräsidium	Brügger Patrick
Mitglieder	Assolari Danilo Jagtap Arvind Schaffner Daniel

Gerichtsschreiber/innen und Kanzlei

Leitender Gerichtsschreiber	Kürsteiner Thomas
Gerichtsschreiber/innen	Kambanas Demetrios Waldmeier Nina Zäch Esther
Leitung Kanzlei	Gerber Iris
Stv. Leitung Kanzlei	Knus Karin
Kanzlei	Meierhofer Marianne

Strafgericht

Präsiden	Karrer Robert Meyer López Annette (50%) ³ Schmid Daniel Schmidli Beat Schröder Andreas Schweizer Silvia (50%) ³ Spindler Christoph
Vizepräsiden	Göschke Kerstin (ab 21.03.2024) Grange Barbara Ivanov Daniel Nydegger Silvia (ab 29.08.2024) Roth Monika Spitz Philippe (bis 31.03.2024) Zähndler Aimo
Mitglieder	De Luca Nathalie (ab 21.03.2024) Faller Andreas Fritz Sara Göschke Kerstin (bis 21.03.2024) Keller Sibylle Kürsteiner Thomas Nüssli Nicole Nydegger Silvia (bis 29.08.2024) Rohrbach Danica Corina Roth Ursula Schweizer-Frey Anita Svoboda–Siebenpfund Evelyn Cornelia Steinemann Regula Svoboda Evelyn Waldburger Patrick (ab 21.03.2024) Wynistorf Dominik vakant
Ersatzmitglieder	Bertesaghi Nadja Blatter Tamara (bis 31.08.2024) Bron Véronique (ab 29.08.2024) Kaiser Martin Waldmeier Nina

³ Die Pensen wurden im Geschäftsjahr 2024 befristet angepasst. Siehe LRV Nr. 332 vom 11.01.2024.

Leitender Gerichtsschreiber	Maritz Daniel
Stellvertretung	Ruggle Rahel
Gerichtsschreiber/innen	Ankli Nadia Ayçiçek Osman Doepfner Marcus Friscic Christian Graf Andrea Heiniger Matthias Horni Darius Kanyar André Molag Michal Odermatt Fabian Schnurr Jonas Stöcklin Isabelle Tanner Carmen Von Arx Christine
Leitung Kanzlei	Lopez Anabel
Stv. Leitung Kanzlei	Hirschi Sven
Kanzlei	Abbt Luca Bader Silvia Hilpert Nadine Mathys Lisa Rudin Monika Stalder Bettina
Leitung Weibel- und Sicherheitsdienst	With Lynn
Stv. Leitung	vakant
Weibel- und Sicherheitsdienst	Berger Claudio Bloch Fabian Gisin Franziska Grieder Esmeralda Hensler Daniel Limacher Ramona Schneider Silvia

Jugendgericht

Präsiden	Karrer Robert Meyer López Annette (50%) ⁴ Schmid Daniel Schmidli Beat Schröder Andreas Schweizer Silvia (50%) ⁴ Spindler Christoph
Mitglieder	Bertesaghi Nadja Blatter Tamara (bis 31.08.2024) Bron Véronique (ab 29.08.2024) Kaiser Martin Waldmeier Nina

Zwangsmassnahmengericht

Präsiden	Schröder Andreas (Vorsitz ab 01.04.2024) Schmidli Beat (Vorsitz bis 31.03.2024) Karrer Robert Meyer López Annette (50%) ⁴ Schmid Daniel Schweizer Silvia (50%) ⁴ Spindler Christoph
Vizepräsidien	Göschke Kerstin (ab 21.03.2024) Grange Barbara Ivanov Daniel Nydegger Silvia (ab 29.08.2024) Roth Monika Spitz Philippe (bis 31.03.2024) Zähndler Aimò

⁴ Die Pensen wurden im Geschäftsjahr 2024 befristet angepasst. Siehe LRV Nr. 332 vom 11.01.2024.

Friedensrichterinnen und Friedensrichter

Kreis 1 (Aesch –Pfeffingen)	Nicolet Paul Schneider Roger
Kreis 2 (Reinach)	Bauer Richter Evelyne Pfeiffer Ingrid
Kreis 3 (Allschwil –Schönenbuch)	Meyer Beat Winter Jean-Jacques
Kreis 4 (Binningen –Bottmingen)	Schinzel Karin Sprecher Felix
Kreis 5 (Arlenheim –Münchenstein)	Munk Schober Aleksandra Rebsamen Birgitta
Kreis 6 (Birsfelden –Muttenz)	Roth Ursula Thurthaler Esther
Kreis 7 (Oberwil –Biel–Benken–Ettingen– Therwil)	Renggli Urs Strub Urs
Kreis 8 (Laufen –Blauen–Brislach– Burg i.L.–Dittingen–Duggingen– Grellingen–Liesberg–Nenzlingen– Roggenburg–Röschenz–Wahlen– Zwingen)	Haussener Daniel Oser Isabella
Kreis 9 (Liestal –Lausen)	Heiniger Matthias Jeitziner Karin
Kreis 10 (Bubendorf –Lupsingen–Ramlinsburg– Seltisberg–Ziefen)	Bischofberger Dario Roth Daniel
Kreis 11 (Frenkendorf –Arisdorf–Füllinsdorf– Giebenach–Hersberg)	Surer Fred Rudolf Wolf Martin
Kreis 12 (Pratteln –Augst)	Ebert Stephan Michael Graf Bianchi Rahel
Kreis 13 (Sissach –Böckten–Buckten– Diepflingen–Häfelfingen–Itingen– Känerkinden–Läufelfingen–Nusshof– Rümlingen–Tenniken–Thürnen– Wintersingen–Wittinsburg–Zunzgen)	Gerber Wenger Sonja Monetti Karin
Kreis 14 (Gelterkinden –Anwil–Buus–Hemmiken– Kilchberg–Maisprach–Oltingen– Ormalingen–Rickenbach–Rothenfluh– Rünenberg–Tecknau–Wenslingen– Zeglingen)	Herrmann Michael Rentsch Felix
Kreis 15 (Waldenburg –Arboldswil–Bennwil– Bretzwil–Diegten–Eptingen– Hölstein–Lampenberg–Langenbruck– Lauwil–Liedertswil–Niederdorf– Oberdorf–Reigoldswil–Titterten)	Casagrande Urs Kurmman Alfredo

Impressum

Herausgeber: Geschäftsleitung der Gerichte, Bahnhofplatz 16, 4410 Liestal

Gestaltung: Hahn+Zimmermann

Veröffentlichung: Mai 2025

medienstelle.gerichte@bl.ch